

Beckmann, Joscha et al.

Article

Deutsche Wirtschaft in Sommer 2024: Erholung kommt mühsam in Gang

Kieler Konjunkturberichte, No. 115

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Beckmann, Joscha et al. (2024) : Deutsche Wirtschaft in Sommer 2024: Erholung kommt mühsam in Gang, Kieler Konjunkturberichte, No. 115, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/300291>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

**Deutsche Wirtschaft
im Sommer 2024**

Abgeschlossen am 12. Juni 2024



Nr. 115 (2024|Q2)

*Joscha Beckmann, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Christian Schröder und Nils Sonnenberg*

ERHOLUNG KOMMT MÜHSAM IN GANG

Joscha Beckmann, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Janssen, Stefan Kooths, Christian Schröder und Nils Sonnenberg

Die deutsche Wirtschaft lässt die Rezession hinter sich. Ausweislich der Frühindikatoren wird das Bruttoinlandsprodukt nach dem Anstieg im ersten Quartal weiter aufwärtsgerichtet bleiben. Im Verlauf des Jahres werden die steigenden real verfügbaren Einkommen und das anziehende Auslandsgeschäft die wirtschaftliche Aktivität stimulieren. Zudem wird die Wirkung der strafferen Geldpolitik auf die Expansionskräfte allmählich nachlassen. Eine hohe konjunkturelle Dynamik zeichnet sich indes nicht ab. So befinden sich das Geschäfts- und Konsumklima trotz Aufwärtstendenz weiterhin auf niedrigem Niveau. Zudem wird der Expansionspielraum zusehends durch strukturelle Hemmnisse – darunter nicht zuletzt den demografischen Wandel – begrenzt. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 0,2 Prozent (Frühjahrsprognose: 0,1 Prozent) und im Jahr 2025 um 1,1 Prozent (Frühjahrsprognose: 1,2 Prozent) steigen. Die Inflation hat sich zwar merklich abgeflacht und wird voraussichtlich im laufenden Jahr 2,2 Prozent und im kommenden Jahr 1,9 Prozent betragen, die Kernrate bleibt aber vorerst erhöht. Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin recht robust. Die Beschäftigung wird angesichts des demografischen Wandels allerdings nur noch leicht steigen. Die Arbeitslosenquote wird erst im Jahr 2025 wieder etwas auf dann 5,8 Prozent sinken. Das Finanzierungsdefizit des Staates dürfte von 2,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf 1,2 Prozent im Jahr 2025 zurückgehen. Die Schuldenquote wird bei rund 63 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verharren.

Das Konjunkturbild einer moderaten Erholung gewinnt an Konturen.

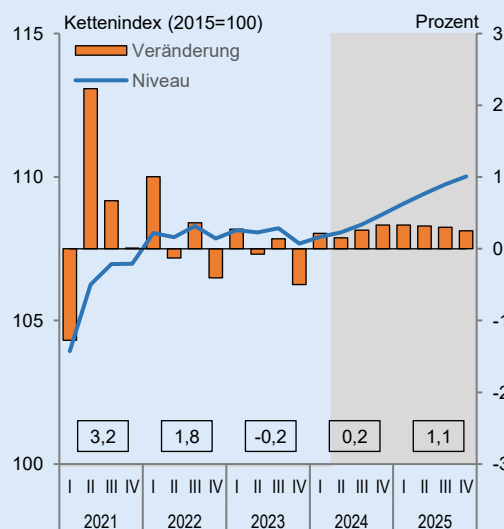
Die deutsche Wirtschaft ist etwas dynamischer in das Jahr gestartet, als in unserer Frühjahrsprognose vorhergesehen wurde. Dem steht jedoch ein nunmehr stärkerer Rückgang der ökonomischen Aktivität im Schlussquartal des Vorjahres gegenüber, so dass sich der Befund eines insgesamt schwachen Winterhalbjahrs kaum ändert (Abbildung 1). Expansionsimpulse kamen im ersten Quartal vor allem aus dem Auslandsgeschäft, das sich nach neuestem Datenstand auch über das vergangene Jahr hinweg etwas fester zeigte. Demgegenüber verzeichnete der private Konsum trotz merklicher Kaufkraftzuwächse der privaten Haushalte zum Jahresauftakt einen Rücksetzer, wobei der Anstieg der Sparquote durch Sondereffekte überzeichnet sein dürfte. Die Bauaktivität ist weiterhin in schlechter Verfassung; der Anstieg im ersten Quartal ist im Wesentlichen der Witterung geschuldet. Weiterhin schwach zeigten sich die Unternehmens-

Kasten 1: Auftragseingänge, Industrieproduktion und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (S. 17 – 18)

Kasten 2: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Fußball-Großveranstaltungen (S. 19 – 21)

Kasten 3: Zur Entwicklung des Deflators der sozialen Sachleistungen (S. 22 – 23)

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

investitionen, die nun zwei Quartale in Folge deutlich nachgaben. Das Bild der konjunkturellen Triebkräfte im Prognosezeitraum hat sich seit dem Frühjahr nicht verändert. In diesem und im kommenden Jahr dürften sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Exporte merklich aufwärtsgerichtet sein. Von den Investitionen dürften erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums expansive Impulse ausgehen. Auf den Unternehmensinvestitionen lastet weiterhin eine erhöhte Politikunsicherheit, und der Wohnbau wird die Talsohle voraussichtlich nicht vor dem nächsten Jahreswechsel erreichen. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 0,2 Prozent und im kommenden Jahr um 1,1 Prozent zulegen. Diese Werte sind gegenüber der Frühjahrsprognose nahezu unverändert (Revision um 0,1 und -0,1 Prozentpunkte für die Jahre 2024 bzw. 2025). Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate täuscht indes über die unterjährige Expansionsdynamik hinweg, die in den Verlaufsraten von 1 Prozent (2024) und 1,2 Prozent (2025) klarer zum Ausdruck kommt. Diese liegen oberhalb des Potenzialwachstums, das wir im Prognosezeitraum auf jährlich knapp 0,5 Prozent veranschlagen (Boysen-Hogrefe et al. 2024a). Demnach nimmt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zu, womit die Rezession überwunden wird und eine nicht allzu schwungvolle Erholung einsetzt.

Der Disinflationsprozess braucht Zeit. Zwar bewegt sich die Inflationsrate im laufenden Jahr

mit 2,2 Prozent in der Nähe des – für den gesamten Euroraum formulierten – EZB-Ziels und im kommenden Jahr mit 1,9 Prozent leicht darunter (Tabelle 1). Maßgeblich hierfür sind aber preisdämpfende Effekte, die aus wieder günstigeren Energierohstoffen resultieren. Die um diese Effekte bereinigte Kernrate zeigt mit 2,8 Prozent (2024) bzw. 2,4 Prozent (2025) einen hartnäckigeren Preisauftrieb an, der im Wesentlichen von den heimischen Dienstleistungen ausgeht, deren Preise bislang hinter den sonstigen Preissteigerungen zurückgeblieben waren.

Am Arbeitsmarkt zeigen sich etwas stärkere Schrammen, insgesamt bleibt die Beschäftigung aber in robuster Verfassung. Die Arbeitslosigkeit dürfte bis zum Schlussquartal des laufenden Jahres noch etwas zunehmen, allerdings bleibt auch die Beschäftigung in dieser Zeit leicht aufwärtsgerichtet. Nach dem kräftigen Einbruch der Reallöhne im Jahr 2022 und nur geringen Zuwächse im vergangenen Jahr ziehen sie im laufenden Jahr mit 3,4 Prozent so kräftig an wie seit über 30 Jahren nicht mehr und liegen nunmehr leicht über dem Niveau des Jahres 2019. Für das kommende Jahr zeichnet sich für die Erwerbstätigkeit eine Seitwärtsbewegung ab, wobei der demografisch bedingten Angebotsverknappung noch konjunkturelle Auftriebskräfte entgegenwirken. Im Zuge der Erholung sinkt die Arbeitslosigkeit von 5,9 Prozent (2024) auf 5,8 Prozent (2025), nach 5,7 Prozent im vergangenen Jahr.

Tabelle 1:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	-0,2	0,2	1,1
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	5,3	6,5	2,9	1,4
Verbraucherpreise	6,9	5,9	2,2	1,9
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,5	-0,6	-0,6	0,4
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	45.596	45.932	46.055	46.121
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,3	5,7	5,9	5,8
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,4	-1,7	-1,2
Schuldenstand	66,1	63,6	63,3	63,2
Leistungsbilanz	4,2	5,9	6,8	6,8

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfolgt vor allem über die Einnahmeseite. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden im Prognosezeitraum zwar spürbar langsamer zulegen, jedoch wird dies durch die Mehrausgaben der Sozialversicherungen überkompensiert. Daher nimmt die gesamtstaatliche Ausgabenquote trotz erster Einsparansätze weiter zu und erreicht im Jahr 2025 einen Wert von 49,5 Prozent. Die Konsolidierung erfolgt in der Summe über die Einnahmeseite, für die sich Zuwächse von 5,3 Prozent (2024) und 4,7 Prozent (2025) abzeichnen. In Relation zur Wirtschaftsleistung sinkt das staatliche Finanzierungsdefizit von 2,4 Prozent im Vorjahr auf 1,7 Prozent und 1,2 Prozent in den beiden Prognosejahren.

Monetäre Rahmenbedingungen

Trotz der jüngst eingeleiteten Zinswende bleibt der Restriktionsgrad der Geldpolitik vorerst hoch. Das Zinsplateau von 4 Prozent wurde nach 9 Monaten im Juni verlassen. Der Leitzins (Einlagefazilität) wurde in einem ersten Schritt um 0,25 Prozentpunkte gesenkt. Im weiteren Verlauf des Jahres rechnen wir mit zwei weiteren Schritten von je 0,25 Prozentpunkten für September und Dezember, da zu diesen Zeitpunkten neue Inflationsprojektionen vorgelegt werden, von denen die Zinsentscheidungen wohl abhängig gemacht werden. Die kurzfristigen Realzinsen werden trotz dieser Zinssenkungen noch über den längerfristigen Realzinsen liegen, was dafürspricht, dass die Geldpolitik zunächst restriktiv ausgerichtet bleibt. Für das Jahr 2025 rechnen wir mit drei weiteren Zinssenkungen in der ersten Jahreshälfte, da sich die Inflationsraten dann nahe der Zielmarke bewegen dürften. Im weiteren Prognosezeitraum verweilt der Leitzins bei 2,5 Prozent, und die Geldpolitik dürfte dann in etwa neutral wirken.

Das Tempo der quantitativen Straffung steigt im kommenden Jahr auf monatlich rund 40 Mrd. Euro. Das Anleiheportfolio des Eurosystems erreichte im Juli 2022 einen Bestand von rund 4 950 Mrd. Euro. Durch auslaufende Anleihen im Rahmen des regulären Ankaufprogrammes (APP) wurde der Bestand seit März 2023

um 428 Mrd. Euro zurückgeführt (von März bis Juni 2023 zunächst durch eine teilweise Tilgung, dann ab Juli durch eine vollständige Tilgung der auslaufenden Titel im regulären Anleihekaufprogramm). Das Tempo des monatlichen Bilanzabbaus betrug durchschnittlich 28 Mrd. Euro je Monat. In der zweiten Jahreshälfte wird das Tempo um 7,5 Mrd. Euro je Monat erhöht, wenn die auslaufenden Anleihen aus dem pandemischen Ankaufprogramm nicht mehr vollständig reinvestiert werden. Ab dem Jahreswechsel erfolgt dann eine vollständige Tilgung, und das Tempo dürfte auf über 40 Mrd. Euro je Monat steigen. Die Anleihekäufe haben die Risikoprämie¹ auf längerfristige Anleihen gesenkt. Der stete Abbau des Anleihebestandes und die wieder steigende Präsenz des Privatsektors als Gläubiger der Staaten führen zu einem allmählichen Anstieg der Risikoprämie. Für sich genommen dürfte die quantitative Straffung weiter erhöhend auf die Renditen längerfristiger Anleihen wirken. Wir gehen davon aus, dass die EZB den Anleihebestand über die nächsten 10 Jahre auf ein Niveau von rund 1 000 Mrd. Euro zurückführt.

Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen hat weiter leicht angezogen. Im ersten Quartal lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen bei durchschnittlich 2,3 Prozent. In der Frühjahrsprognose waren wir von einem Anstieg auf durchschnittlich 2,4 Prozent im zweiten Quartal ausgegangen. Im April und Mai lag die Rendite bei durchschnittlich 2,5 Prozent. Anfang Juni notiert sie bei 2,5 bis 2,6 Prozent. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen wir mit einer durchschnittlichen Rendite von 2,6 Prozent. Während mit dem Abflauen der hohen Inflationsraten die Inflationsrisikoprämien rückläufig sein dürften, wird die fortschreitende quantitative Straffung die Renditen nach und nach erhöhen. Fernab vom makroökonomischen Umfeld und der geldpolitischen Ausrichtung im Euroraum treiben freilich über den Zinsverbund auch die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten wesentlich die Zinsstrukturkurve hierzulande. Vor allem im April zeigte sich ein Anstieg der Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe aufgrund einer straffer erwarteten Geldpolitik der Fed (Deutsche Bundesbank 2024). Dies dürfte

¹ Hier ist die Terminprämie gemeint, die das Zinsänderungsrisiko abbildet. In der Literatur wird sie auch als Durationsrisikoprämie bezeichnet.

auch erneut Anfang Juni eine Rolle gespielt haben. Zudem hatten die Finanzmärkte zuletzt auf den Anstieg der Inflationsrate im Euroraum und die Ergebnisse der Europawahl reagiert.

Der Risikoaufschlag für Unternehmensanleihen war zuletzt weiter rückläufig. Die Renditen auf Unternehmensanleihen vollziehen die Aufwärtsbewegung der Bundesanleihen nur unterproportional nach. Unternehmensanleihen rentierten im Mai bei 3,8 Prozent. Damit lag der Risikoaufschlag gegenüber vergleichbaren Bundesanleihen bei 1,2 Prozentpunkten, nachdem er im Herbst 2022 durch die drohende Gasmanngelage und allgemeine Unsicherheit nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine ein Niveau von 2,8 Prozent erreicht hatte. Seitdem ist er mit kurzen Unterbrechungen rückläufig und lag im Mai auf niedrigem Niveau. Auch der Risikoaufschlag zwischen Unternehmensanleihen mit hoher Bonität (AAA) und niedriger Bonität (BBB) ist derzeit im Euroraum mit 0,7 Prozentpunkten auf einem niedrigen Niveau (Median seit 2000: 0,94 Prozentpunkte). Mit der starken Performance der Aktienmärkte seit dem Herbst vergangenen Jahres spricht dies für eine derzeit gering ausgeprägte Risikoeinschätzung an den Finanzmärkten. Dies ist vor dem Hintergrund der angespannten geopolitischen Lage bemerkenswert.

Eine starke Ausweitung der Kreditvergabe ist noch nicht absehbar. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind von ihrem Höhepunkt im Juli 2023 um 1 Prozentpunkt auf 4,3 Prozent im März gefallen. Die Zinsen für Wohnbaukredite lagen im März bei 4,1 Prozent und haben sich seit September 2023 um 0,5 Prozentpunkte ermäßigt. Tägliche Daten der Plattform [interhyp](#) zeigen, dass die Zinsen auf Wohnungsbaukredite mit einer 10-jährigen Laufzeit Anfang Juni bei 3,7 Prozent lagen. Zum Ende vergangenen Jahres gab es zwar einen Rückgang von 4,2 Prozent auf 3,4 Prozent, jedoch waren die Zinsen seitdem – ähnlich wie die Renditen der Bundesanleihen – wieder leicht aufwärtsgerichtet. Bei noch hohen Zinsen haben die bisherigen Preisrückgänge bei Immobilien deren Erschwinglichkeit (Annuitäten-Einkommens-Verhältnis) nur geringfügig verbessert.² Dementsprechend lagen die Neugeschäftsvolumina der Wohnungsbaukredite mit

61 Mrd. Euro in den ersten vier Monaten des Jahres noch deutlich unter den Werten aus den Jahren 2021 und 2022 von 97 bzw. 109 Mrd. Euro, wobei seitdem die Neubaupreise erheblich um über 30 Prozent angeschwollen sind. Bei den Neugeschäftsvolumina der Unternehmenskredite zeigen sich in den ersten vier Monaten des Jahres mit 321 Mrd. Euro keine großen Auffälligkeiten. Im Vergleich zum Jahr 2019 liegt das Neugeschäft zwar um 7 Prozent erhöht, jedoch ist auch das Preisniveau (Deflator Unternehmensinvestitionen) in diesem Zeitraum um rund 20 Prozent gestiegen. Die Kreditabgänge und das Neugeschäft halten sich in etwa die Waage, weshalb die Vorjahresraten der Kreditbestände für private Haushalte und Unternehmen nahe Null lagen. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen wir mit nur einer geringfügigen Ausweitung der Kreditvergabe, da vor allem kurzfristige Kreditzinsen die Leitzinssenkungen der EZB nachvollziehen werden. Aber die längerfristigen Kreditzinsen, die im Wohnbau relevant sind, dürften sich kaum verändern, da die von uns erwarteten Leitzinssenkungen schon zu großen Teilen eingepreist sind. Durch ein sich aufhellendes Konjunkturbild dürften sich aber die Kreditvergabestandards absenken und das Verbrauchervertrauen zunehmen, was zu einer leichten Expansion der Kreditvergabe beitragen wird.

Außenhandel

Die Erholung des Außenhandels setzte bereits im ersten Quartal 2024 ein. Der Warenhandel expandierte kräftig, nachdem er zuvor fünf Quartale in Folge gesunken war. Die preisbereinigten Warenexporte und -importe stiegen jeweils um 2,1 Prozent. Hingegen waren bei den Ein- und Ausfuhren von Dienstleistungen, die zuvor kräftig gestiegen waren, deutliche Rückgänge zu verzeichnen. In summa legten die Ex- und Importe im ersten Quartal jedoch kräftig zu. Für unsere Frühjahrsprognose deuteten die Frühindikatoren noch auf einen verhaltenen Jahresstart hin, so dass wir davon ausgegangen waren, dass eine Erholung erst im Verlauf des Jahres einsetzen würde. Neben einem kräftigen Anstieg der Warenexporte in den Euroraum

² Einen Einblick in die Immobilienpreisentwicklung liefert der German Real Estate Index ([GREIX](#)).

nahmen auch die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten und nach China im ersten Quartal zu. Für das Vereinigte Königreich zeigte sich dagegen im Vergleich zu dem sehr starken vierten Quartal 2023 ein spürbarer Rückgang. Die Exporte von Konsumgütern legten im ersten Quartal stärker zu als jene von Investitions- bzw. Vorleistungsgütern. Eine positive Entwicklung war in den energieintensiven Branchen, insbesondere der chemischen Industrie, zu beobachten, deren Exporte spürbar stiegen. Mit der Veröffentlichung der amtlichen Daten für das erste Quartal hat das Statistische Bundesamt auch die Zahlen für das vergangene Jahr überarbeitet und die Exporte deutlich nach oben revidiert. Demzufolge lagen die preisbereinigten Exporte im vierten Quartal um 2,0 Prozent über dem zuletzt ausgewiesenen Niveau. Zusammengenommen mit dem starken Jahresauftakt haben die Exporte damit zuletzt offenbar deutlich besser mit dem Welthandel Schritt gehalten, als vor einigen Monaten absehbar war.

Der gestörte Schiffsverkehr im Roten Meer beeinträchtigt den Außenhandel kaum noch.

Die Zahl der täglichen Containerschiffbewegungen im Roten Meer hat sich seit Anfang des Jahres auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert. Der Anteil der weltweit stillstehenden Containerschiffe, der Anfang Januar einen kurzfristigen Höchststand erreicht hatte, normalisierte sich noch im selben Monat (Hinz et al. 2024). Auch bei den weltweiten Containerumschlägen war nur ein sehr schwacher Effekt der Krise im Roten Meer erkennbar (RWI 2024). Gleichwohl verharrten die globalen Containerfrachtraten, die Anfang des Jahres abrupt gestiegen waren, auf einem seit Mitte März zwar niedrigeren, aber weiterhin stark erhöhten Niveau (Hinz et al. 2024). Insgesamt dürften die Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel jedoch gering gewesen sein.

Die Frühindikatoren für den Außenhandel haben sich aufgehellt.

Die ifo Exporterwartungen erholten sich schrittweise von ihrem Januartief und erreichten im Mai erstmals seit über zwei Jahren wieder einen positiven Wert. Auch die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern verbesserte sich zuletzt leicht. Der Auftragsbestand aus dem Ausland zog etwas an, wird von den Unternehmen aber weiter überwiegend negativ beurteilt. Die Warenexporte im

April deuten hingegen auf einen deutlichen Anstieg für das laufende Quartal hin. Alles in allem dürften die Ausfuhren im zweiten Quartal um 0,8 Prozent zulegen. Im weiteren Verlauf wird das Exportgeschäft angesichts der moderat expandierenden Wirtschaftsleistung in den Abnehmerländern und dem wieder anziehenden Welthandel voraussichtlich aufwärtsgerichtet bleiben, ohne dabei allerdings eine große Dynamik zu entfalten (Gern et al. 2024). Insgesamt gehen wir von einem Anstieg der Exporte um 0,6 Prozent im laufenden Jahr sowie 2,6 Prozent im Jahr 2025 aus. Mit der anziehenden Konjunktur hierzulande dürften auch die Importe steigen. Aufgrund des geringen Niveaus zum Jahreswechsel erwarten wir für das laufende Jahr insgesamt einen Rückgang um 0,3 Prozent, für das kommende Jahr dagegen einen Anstieg um 3,3 Prozent.

Die Terms of Trade blieben im ersten Quartal aufwärtsgerichtet.

Insbesondere die Importpreise verringerten sich im Vergleich zum Vorquartal spürbar, was durch den leichten Rückgang der Exportpreise nicht kompensiert wurde. Für das laufende Quartal deuten die monatlichen Warenhandelspreise auf leichte Anstiege und eine moderate Verschlechterung der Terms of Trade hin. Insgesamt bewegen sich die Terms of Trade nun wieder nahe ihrem langfristigen Mittel. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit keinen großen Veränderungen der Terms of Trade.

Entstehung

Die Wirtschaftsleistung dürfte im Verlauf des Jahres moderat aufwärtsgerichtet sein.

Nach dem Anstieg im ersten Quartal deuten die Frühindikatoren auf eine weitere Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal hin. So bewerten die Unternehmen ihre Geschäftslage im zweiten Quartal trotz des Rücksetzers im Mai bislang insgesamt besser als im ersten Quartal, und auch die Industrieproduktion lag im April etwas über dem Niveau des ersten Quartals. Insgesamt rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent für das zweite

Quartal.³ Im weiteren Verlauf dürfte die Wirtschaftsleistung in der Tendenz aufwärtsgerichtet bleiben. So werden dämpfende Faktoren, wie die restriktivere Geldpolitik und die Nachwehen der Energiekrise wohl allmählich abflauen. Mit der leichten Belebung in den Absatzmärkten dürfte auch das Auslandsgeschäft weiter Fahrt aufnehmen. Kräftige Anstiege des Bruttoinlandsprodukts zeichnen sich indes nicht ab. So befinden sich das Geschäfts- wie auch das Konsumklima und die Auftragseingänge weiterhin auf niedrigem Niveau. Zudem wird der Expansionspielraum zusehends durch das sich abschwächende Potenzialwachstum begrenzt (Boysen-Hogrefe et al. 2024a).

Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe entfaltet keine große Dynamik. Die schwachen Auftragseingänge lasten zunehmend auf der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Sie sind seit Anfang 2022 um rund 15 Prozent zurückgegangen, und zuletzt gaben mehr als 40 Prozent der Unternehmen an, dass ein Mangel an Nachfrage ihre Produktion hemmt. In diesem Zuge liegt die Kapazitätsauslastung Umfragen zufolge mittlerweile sichtbar unter ihrem langjährigen Mittel. Insgesamt sprechen die Auftragseingänge nun für eine deutlich niedrigere Bruttowertschöpfung (Kasten 1). So lagen die Auftragseingänge im ersten Quartal rund 7 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019, die Bruttowertschöpfung lediglich knapp 2 Prozent. Allerdings wird die Produktion durch die ausweislich der amtlichen Daten ausgesprochen hohen Auftragsbestände gestützt. Sie sind zwar seit dem Sommer des vergangenen Jahres rückläufig, befinden sich aber nach wie vor im langjährigen Vergleich auf hohem Niveau, nachdem sie sich zu Zeiten der massiven Lieferengpässe aufgetürmt hatten. In der zweiten Jahreshälfte 2023 ging die Bruttowertschöpfung zwar recht deutlich zurück. Im ersten Quartal des laufenden Jahres legte sie aber wieder etwas zu, vor allem weil die Produktion in den energieintensiven Industrien angesichts der wieder niedrigeren

Energiepreise recht kräftig zunahm. Für das zweite Quartal deutet die Industrieproduktion im April auf einen Anstieg der Bruttowertschöpfung hin. Allerdings signalisiert die Lkw-Fahrleistung einen Rückgang im Mai, so dass sich in der Summe voraussichtlich nur ein leichtes Plus ergeben wird. Im weiteren Verlauf dürfte das niedrige Niveau der Auftragseingänge zu Buche schlagen und die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nur verhalten zulegen. Für Anstiege spricht, dass die Unternehmen weiterhin auf recht hohe Auftragsbestände zurückgreifen können und die Auftragseingänge angesichts der recht robusten Weltkonjunktur alsbald wieder anziehen dürften.

Heimische Absorption

Die heimische Absorption wird im Verlauf des Jahres zulegen. Im ersten Quartal stagnierte die heimische Absorption, nachdem sie im vergangenen Jahr zurückgegangen war. Während die Konsumausgaben sanken, nahmen die Bruttoanlageinvestitionen deutlich zu. Damit kehrte sich die Entwicklung der vergangenen Quartale um, in denen die Konsumausgaben moderat gestiegen waren, während die Bruttoanlageinvestitionen angesichts der ungünstigen Rahmenbedingungen, wie den restriktiven Finanzierungsbedingungen und der eingetrübten Unternehmenserwartungen, zur Schwäche tendierten und im vierten Quartal 2023 sogar deutlich nachgaben. Maßgeblich dürften vor allem temporäre Faktoren gewesen sein. So stiegen die Bauinvestitionen im ersten Quartal als Folge milder Witterung kräftig. Im weiteren Verlauf des Jahres werden die ungünstigen Rahmenbedingungen bei den Bruttoanlageinvestitionen wohl wieder stärker zum Tragen kommen, während die Konsumausgaben voraussichtlich wieder auf einen Expansionspfad einschwenken werden. Insgesamt wird die heimische Absorption im laufenden Jahr voraussichtlich leicht um 0,3 Prozent sinken und im Jahr 2025 um 1,3 Prozent zulegen.⁴ Der Preisauftrieb hat sich seit Mitte

³ Für die Prognose nehmen wir an, dass die Überschwemmungen in Süddeutschland keinen größeren Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal gehabt haben. Zwar haben Wetterphänomene das Potenzial, die gesamtwirtschaftliche Produktion vorübergehend spürbar zu dämpfen, insbesondere, wenn dadurch Lieferketten massiv gestört

werden (Ademmer et al. 2023). Solch sichtbare Einflüsse treten in der Regel jedoch erst bei länger anhaltenden Beeinträchtigungen der Wirtschaftsaktivität auf.

⁴ Maßgeblich für den Rückgang im laufenden Jahr ist der negative Expansionsbeitrag der äußerst

des vergangenen Jahres – abgesehen von starken Schwankungen bei den Vorratsveränderungen (Lager-Deflator) – merklich abgeschwächt. Im ersten Quartal zog der Deflator der letzten inländischen Verwendung (ohne Lager) zwar etwas stärker an als im Schlussquartal des Vorjahres.⁵ Mit einer annualisierten Zuwachsrate von 2,5 Prozent war der Preisaufrieb aber weiterhin deutlich geringer als in den Vorjahren, als der Deflator noch um 7,3 Prozent (2022) bzw. 6,2 Prozent (2023) zugelegt hatte. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einem weiter nachlassenden Preisaufrieb von 2,4 Prozent (2024) und 1,6 Prozent (2025).

Die Sparquote bleibt vorerst erhöht. Die Sparquote ist im ersten Quartal deutlich um saisonbereinigt 1,1 Prozentpunkte gestiegen. Zu diesem Sprung beigetragen haben dürfte der markante Anstieg der verfügbaren Einkommen und darunter nicht zuletzt umfangreiche Zahlungen von Inflationsausgleichsprämien im März. Dies würde für sich genommen für eine Gegenbewegung sprechen. Insgesamt hat die Sparquote in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einen residualen Charakter, und es lassen sich nur schwer robuste empirische Zusammenhänge zwischen der Sparquote und potenziellen Einflussfaktoren finden. Zudem dürften die verfügbaren Einkommen auch im weiteren Verlauf des Jahres deutlich aufwärtsgerichtet sein. Vor diesem Hintergrund nehmen wir für die Prognose an, dass sich der kräftige Anstieg zum Jahresauftakt zwar zum Teil wieder umkehrt, die Sparquote ähnlich wie nach dem kräftigen Anstieg im zweiten Quartal des vergangenen Jahres aber vorerst auf erhöhtem Niveau bleibt. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Sparquote mit 12,2 Prozent im laufenden Jahr

schwankungsanfälligen Vorratsveränderungen, bei denen die negativen Beiträge aus der zweiten Jahreshälfte 2023 auf das Ergebnis im laufenden Jahr durchschlagen. Ohne diesen Lagereffekt steigt die heimische Absorption in unserer Prognose um 0,4 Prozent (2024) und 1,3 Prozent (2025).

⁵ Der Lager-Deflator lässt sich angesichts einer fehlenden Lager-Statistik ökonomisch nicht interpretieren und unterliegt im Quartalsverlauf zum Teil großen Schwankungen. Für die Prognose unterstellen wir deshalb in der Regel, dass sich das Niveau des Lager-Deflators dem Niveau der Deflatoren der übrigen Verwendungskomponenten anpasst. Vor diesem Hintergrund hatten wir in der Frühjahrsprognose

(Frühjahr: 11,4 Prozent) und 11,6 Prozent im Jahr 2025 (Frühjahr: 11,2 Prozent) deutlich höher sein wird als in der Frühjahrsprognose angenommen.

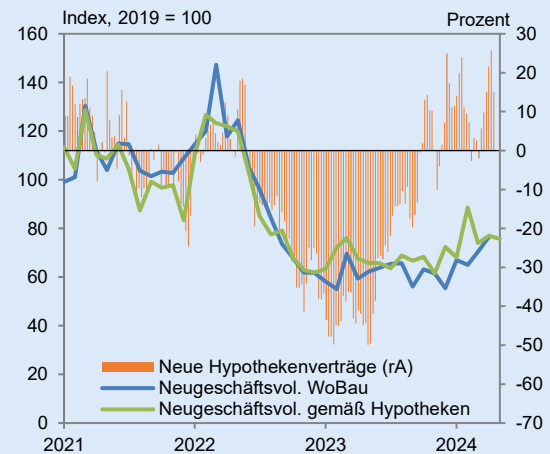
Der private Konsum schwenkt nach dem Rückschlag im ersten Quartal wieder auf einen Expansionspfad ein. Nachdem der private Konsum seit dem zweiten Quartal des vergangenen Jahres in der Tendenz wieder aufwärtsgerichtet war, ging er im ersten Quartal um 0,4 Prozent zurück. Die mittlerweile wieder spürbar steigenden real verfügbaren Einkommen sprechen dafür, dass es sich bei dem Minus im ersten Quartal nur um einen temporären Rückschlag gehandelt hat und der private Konsum im Prognosezeitraum recht kräftig steigen wird. Vor allem im laufenden Jahr dürften die real verfügbaren Einkommen recht deutlich um 1,7 Prozent zulegen, da die Nettolöhne und -gehälter sowie die monetären Sozialleistungen kräftig steigen, während der Preisaufrieb bei den Konsumgütern deutlich nachlässt. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg mit 0,7 Prozent geringer ausfallen, auch weil dann die Inflationsausgleichsprämien entfallen. Bereits im zweiten Quartal dürften die privaten Konsumausgaben wieder merklich zulegen. Die Einzelhandelsumsätze lagen im April über dem Niveau des ersten Quartals, das Konsumklima hat sich – auf niedrigem Niveau – zuletzt merklich verbessert, und die Einzelhandelsunternehmen schätzten ihre Geschäftslage bis zum Mai deutlich günstiger ein als im ersten Quartal. Etwas Rückenwind für das zweite Quartal könnte auch die Austragung der Fußball-Europameisterschaft (EM) bringen. Insgesamt dürften die privaten Haushalte EM-bedingte Mehrausgaben jedoch zum Teil an anderer Stelle wieder einsparen, so dass wir auf

angenommen, dass der Lager-Deflator – nach relativ kräftigen Anstiegen zuvor – im ersten Quartal deutlich zurückgehen würde (Boysen-Hogrefe et al. 2024b: 17-18). Insgesamt fiel der Rückgang nicht ganz so stark aus, wie von uns unterstellt. Allerdings hat das Statistische Bundesamt größere Revisionen für das vergangene Jahr vorgenommen, so dass sich das Niveau des Lager-Deflators nun, so wie von uns unterstellt, deutlich dem Niveau der übrigen Deflatoren angenähert hat. Vor diesem Hintergrund nehmen wir an, dass vom Lager-Deflator im Prognosezeitraum keine nennenswerten Einflüsse mehr auf den Deflator der letzten inländischen Verwendung bzw. des Bruttoinlandsprodukts ausgehen werden.

Jahressicht von keinen nennenswerten Effekten auf die privaten Konsumausgaben ausgehen (Kasten 2). Insgesamt dürfte der private Konsum im laufenden Jahr um 0,6 Prozent und im Jahr 2025 um 1,2 Prozent steigen.

Die schlechten Finanzierungsbedingungen lasten auf den Bauinvestitionen. Die Bauinvestitionen stiegen zwar im ersten Quartal um 2,7 Prozent. Nach wohl witterungsbedingten Rückgängen im Schlussquartal 2023 dürfte sich hierin allerdings ein Nachholeffekt widerspiegeln. Sowohl der Wohnbau (+3,5 Prozent) als auch der staatliche Nichtwohnbau (+7,0 Prozent) nahmen kräftig zu. Lediglich der wohl weniger witterungsabhängige Wirtschaftsbau (-1,0 Prozent) war rückläufig. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im ersten Quartal um 1,0 Prozent und damit rund 0,6 Prozentpunkte stärker als von uns erwartet. Für das zweite Quartal erwarten wir rückläufige Bauinvestitionen. Die Bauunternehmen schätzen ihre Produktion so schlecht ein wie zuletzt im Jahr 2007. Die Bauproduktion lag im April unter dem Niveau des Vorquartals. Die in Umfragen erhobene Kapazitätsauslastung sowie die Lageeinschätzung der Bauunternehmen stagnierte bis zuletzt. Insgesamt rechnen wir mit einem Rückgang der Bauinvestitionen im zweiten Quartal um 1,3 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf dürften die Bauinvestitionen wieder schwach ausgeweitet werden. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sind noch 18 Prozent unter dem Niveau vor der Zinserhöhung im Schlussquartal 2021, haben nun aber wohl einen Boden erreicht. Während die Auftragseingänge im Tiefbau bereits im ersten Quartal stiegen, deutet sich eine Wende im zinsreagibleren Hochbau an. So nahm das Neugeschäftsvolumen für Wohnungsbaukredite, das in Folge der höheren Finanzierungskosten um rund 40 Prozent einbrach, in den ersten vier Monaten des Jahres um rund 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Es liegt aber im Vergleich zu den Jahren 2021 und 2022 noch auf niedrigem Niveau. Der Fallzahl der an die Schufa gemeldeten Hypothekenverträge zufolge dürfte sich dieser Trend fortsetzen (Abbildung 2; Hoffmann 2024). Die Baugenehmigungen im Hochbau legten bereits im ersten Quartal um 2,4 Prozent zu. Diese Entwicklung ist allerdings bisher vom gewerblichen Nichtwohnbau dominiert, dessen Baugenehmigungen trotz des höheren

Abbildung 2:
Hypothekenverträge und Neugeschäftsvolumen von Wohnungsbaukrediten



Wochendaten, Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Fallzahl der Hypothekenverträge von privaten Haushalten; Monatsdaten, Neugeschäftsvolumina für Wohnungsbaukredite, Fortschreibung des Neugeschäftsvolumens mittels neuer Hypothekenverträge.

Quelle: SCHUFA Holding AG, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

Zinsniveaus weiter aufwärtsgerichtet sind und im ersten Quartal um rund 19 Prozent anzogen. Auch der Wohnbau dürfte nach Rückgängen im laufenden Jahr im weiteren Prognosezeitraum wieder an Fahrt gewinnen. Hier dürften steigende Einkommen sowie niedrigere Bau- und Bodenpreise zusammen mit günstigeren Finanzierungsbedingungen die Erschwinglichkeit von Wohneigentum, gemessen am Annuitäten-Einkommens-Verhältnis, weiter verbessern. In der Folge dürfte der hohe Bedarf an Wohnraum wieder stärker zum Tragen kommen. Während die öffentliche Hand im Jahr 2024 durch eine starke Ausweitung der Investitionen die Bautätigkeit stützen dürfte, rechnen wir für das Jahr 2025 aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen mit nur kleinen Zuwächsen. Die Investitionen im Wirtschaftsbau dürften im gesamten Prognosezeitraum steigen. Ursächlich hierfür sind auch die zuletzt steigenden Tiefbauinvestitionen, unter die auch die ausgeprägten Instandhaltungsmaßnahmen für das Schienennetz der

Deutschen Bahn fallen.⁶ Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im Jahr 2024 um 0,4 Prozent sinken. Für das Jahr 2025 erwarten wir einen Anstieg der Bauinvestitionen um 0,4 Prozent. Der Aufwärtsdruck auf die Baupreise dürfte im Prognoseverlauf abnehmen. Nachdem sich der Preisauftrieb zuletzt trotz steigender Materialpreise und Lohnkosten bereits merklich abgeschwächt hat, wird die vorerst nach wie vor nur schwache Nachfrage bei unterausgelasteten Kapazitäten und weiterhin hohen Margen weiter dämpfend auf den Deflator der Bauinvestitionen wirken. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen um 1,5 Prozent. Im Jahr 2025 dürfte der Deflator in etwa unverändert bleiben.

Das Investitionsumfeld für Unternehmen bessert sich nur allmählich. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken im ersten Quartal um 0,2 Prozent und entwickelten sich damit schwächer als von uns erwartet (+0,7 Prozent). Maßgeblich war der erneute Rückgang der privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge (-1,8 Prozent). Dazu beigetragen hat wohl das Auslaufen der Förderung für Elektrofahrzeuge im August des vergangenen Jahres. Im ersten Quartal fielen die Investitionen in Fahrzeuge mit 11,5 Prozent zum zweiten Mal in Folge deutlich. Der hohe Auftragsbestand, der einem Rückgang der Investitionstätigkeit in Folge schwacher Kapazitätsauslastung im vergangenen Jahr noch entgegengewirkt hatte, dürfte nun weniger stützen. Auftragseingänge und Investitionstätigkeit stehen damit zunehmend in Einklang. Frühindikatoren liefern für das zweite Quartal gemischte Signale. Die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller stieg ausweislich der verfügbaren Monatswerte im zweiten Quartal etwas. Ebenso ist die Produktion von Investitionsgütern im April gegenüber dem Vorquartal leicht aufwärtsgerichtet. Im Gegensatz dazu sank der Inlandsumsatz der Investitionsgüterhersteller. Alles in allem erwarten wir für das laufende Quartal einen Anstieg der privaten Ausrüstungsinvestitionen um 0,2 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen im Gleichklang mit der konjunkturellen Entwicklung

nur schwach ausgeweitet werden. Belastend wirkt auch die weiterhin recht hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit. Zwar ist die wirtschaftspolitische Unsicherheit ausweislich von Medienauswertungen zuletzt deutlich gesunken, sie befindet sich aber weiterhin auf erhöhtem Niveau (Baker et al. 2016). Zudem deuten Unternehmensbefragungen in Deutschland darauf hin, dass die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit die Investitionstätigkeit belastet (DIHK 2024). Die seit 2021 im Trend rückläufigen Auftragseingänge sanken im ersten Quartal dieses Jahres erneut und liegen nun rund 18 Prozent unter ihrem Hochpunkt im Schlussquartal 2021. Die Investitionsneigung verbesserte sich aber zuletzt geringfügig (DIHK 2024). Die Geschäftserwartungen der Investitionsgüterhersteller sind aufwärtsgerichtet. Im gesamten Jahr 2024 erwarten wir einen Rückgang der privaten Ausrüstungsinvestitionen um 4,3 Prozent. Im Jahr 2025 dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen um 3,6 Prozent steigen.

Die Ausweitung der militärischen Beschaffung stützt die Ausrüstungsinvestitionen. Nach dem überaus starken Jahresauftakt (+15,9 Prozent) dürften die volatilen öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen nach einer Verschnaufpause getrieben von den Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr weiter deutlich expandieren. Für die Jahre 2024 und 2025 rechnen wir mit einem Anstieg der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen von 26,9 Prozent und 12,8 Prozent. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024 um 2,1 Prozent sinken. Für das Jahr 2025 erwarten wir einen Anstieg um 4,4 Prozent.

Verbraucherpreise

Die Inflation war seit Jahresbeginn weiter rückläufig. Zum Jahreswechsel war die Inflation unter 3 Prozent gefallen und ging seitdem weiter zurück. Zwar ist die Inflation im Mai um 0,2 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent gestiegen, jedoch lässt sich der Anstieg durch einen Basiseffekt aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets (+0,19 Prozentpunkte) und einen relativ starken

⁶ Im Zuge der Generalrevision im Sommer dieses Jahres wird die Deutsche Bahn und in diesem Zuge alle damit zusammenhängenden Tiefbauinvestitionen in den Öffentlichen Bau gebucht. Dies dürfte sich neben

dem Niveau auch auf die zu erwarteten Zuwachsraten der Investitionen in den Wirtschaftsbau negativ auswirken. Für die Bauinvestitionen insgesamt bleibt diese Umbuchung allerdings wirkungsneutral.

Anstieg der Preise von Pauschalreisen (+0,04 Prozentpunkte) erklären. Das Preisniveau steigt mit den sinkenden Inflationsraten langsamer, aber nach den vergangenen Jahren hoher Inflationsraten liegt das Preisniveau um rund 10 Prozent über dem Niveau, das sich bei konstanten Inflationsraten von 2 Prozent seit Anfang 2020 ergeben hätte.

Die Energiepreise bleiben abwärtsgerichtet.

Die Preise für Energie waren im vierten Quartal 2023 erstmals seit Ausbruch der Energiekrise gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Auch im ersten Quartal 2024 gingen sie trotz wegfallender Preisbremsen für Gas und Strom zurück. Im zweiten Quartal dürften sie aber im Vergleich zum Vorquartal wieder leicht steigen. Dies ist auf das Auslaufen der temporären Umsatzsteuersenkung auf Gas und Fernwärme sowie auf höhere Preise für Benzin zurückzuführen. Für Strom hat sich im April – entgegen der Frühjahrprognose – kein Anstieg der Preise durch höhere Netzentgelte gezeigt. Die Preise stagnierten weitestgehend. Es ist anzunehmen, dass eine Weitergabe der höheren Netzentgelte schon in den Vormonaten erfolgte und dieser Effekt aber durch Preissenkungen der Versorger überkompensiert wurde. Im weiteren Verlauf werden die Energiepreise voraussichtlich wieder sinken. Die Annahmen für Strom- und Rohstoffpreise haben sich seit der Frühjahrprognose kaum geändert. Zwar lagen die Rohölnotierungen im zweiten Quartal durch die Spannungen in Nahost höher als erwartet, jedoch dürften diese nun wieder nahezu auf den alten Preispfad einschwenken. Denn zuletzt sanken die Notierungen kurzfristig durch die Entscheidungen der OPEC+ zur graduellen Abwicklung der freiwilligen Produktionseinschränkungen. Die Annahmen für die Gaspreise je MWh im Jahr 2024 und 2025 liegen mit 33 bzw. 37,5 Euro um rund 6 bzw. 8 Euro höher als noch in der Frühjahrprognose erwartet. Aktuelle Treiber der Preise sind wohl Produktionsprobleme norwegischer Gasproduzenten sowie hohe Temperaturen in Asien. Auch die Strompreise je MWh sind für die Jahre 2024 und 2025 gestiegen und liegen mit 85 bzw. 97 Euro nun um 17 bzw. 23 Euro höher als in der Frühjahrprognose. Die aus den Annahmen abgeleiteten Verbraucherpreise für Gas und Strom liegen –

trotz der leicht gestiegenen Börsenpreise – jedoch weit unterhalb der aktuellen Niveaus im Bestand (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Frühjahr 24). Für das Jahr 2024 gehen wir von einem Rückgang der Preise für Gas und Strom um 3,4 bzw. 7,1 Prozent aus. Im Jahr 2025 dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen (Rückgänge um 9,2 bzw. 4,4 Prozent). Auch die Preise für Heizöl sowie Kraftstoffe werden gegeben unserer Annahme für die Rohölpreise zurückgehen, sodass die gesamte Energiekomponente im Jahr 2024 um 3,3 Prozent und im Jahr 2025 um 4 Prozent zurückgeht.

Die Preise für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren stagnieren weitestgehend.

Die Preise für gewerbliche Waren stagnierten im März. Im April und Mai gingen sie saisonbereinigt sogar um annualisiert rund 2 Prozent zurück. Die Zeit der hohen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln ist seit Mitte vergangenen Jahres vorbei. Zwar kam es seitdem teils zu extremen monatlichen Schwankungen, jedoch zeigt sich für einen dreimonatigen geglätteten Durchschnitt, dass die Preisanstiege sehr viel moderater waren als zuvor. Auf den vorgelagerten Produktionsstufen (Erzeugerpreise, Importpreise) waren die Preise für Vorleistungsgüter seit September 2022 – mit kurzer Unterbrechung – rückläufig.⁷ Von Februar bis April stiegen die Preise jedoch wieder leicht an. Auch die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel stiegen im März und April wieder leicht. Der nachlassende Preisdruck auf den vorgelagerten Produktionsstufen und die daraus resultierenden dämpfenden Effekte auf die Verbraucherpreise dürften im Prognosezeitraum dementsprechend langsam auslaufen.

Die Preise für Dienstleistungen steigen seit Jahresbeginn stark und treiben die Kernrate.

Von Januar bis Mai stiegen die saisonbereinigten Preise für Dienstleistungen monatlich im Schnitt um annualisiert 5,5 Prozent. Die Vorjahresrate stieg im Mai spürbar auf 3,9 Prozent von 3,4 Prozent im April. Im Mai fiel zum ersten Mal der dämpfende Effekt durch die Einführung des Deutschlandtickets im Mai 2023 (–0,4 Prozentpunkte) aus der Vorjahresbetrachtung. Zudem sind die Raten aus dem April und Mai wohl durch einen Ostereffekt beeinflusst. Da Ostern dieses

⁷ Hier werden die monatlichen Preisanstiege für einen dreimonatigen geglätteten Durchschnitt berichtet.

Jahr schon im März lag, waren vor allem Pauschalreisen teurer (im Vorjahresvergleich um 4,2 Prozent). Nachdem sich die Preise im April wieder beruhigten, verzeichneten sie im Mai voraussichtlich wieder einen starken Zuwachs (5,6 Prozent), der einen Anstieg der Vorjahresrate der Dienstleistungspreise von April gegenüber Mai um rund 0,1 Prozentpunkte erklärt. Dieses kalenderbedingte Muster zeigte sich auch in der Vergangenheit. Neben den Sondereffekten zeigt sich bei den Preisen für Dienstleistungen im Vergleich zu den Preisen für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren aber weiter ein recht hoher Preisaufrtrieb. Relativ zu anderen Gütern stiegen viele Dienstleistungspreise von April 2020 bis April 2023 unterdurchschnittlich, während sie im vergangenen Jahr überdurchschnittlich zulegten. Dies dürfte mit einer verzögerten Anpassung an den allgemeinen Anstieg des Preisniveaus und der Kostenstrukturen zusammenhängen. Die Wiedereinnahme der jeweiligen Relativpreispositionen spricht für sich genommen für vorerst weiter erhöhten Preisdruck bei den Dienstleistungen.

Die Verbraucherpreise ohne Energie werden im Jahr 2024 und 2025 weiterhin mit recht hohen Raten steigen. Zwar wird die Kernrate im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedriger, mit voraussichtlich 2,8 Prozent im Jahr 2024 aber im längerfristigen Vergleich weiterhin deutlich erhöht sein. Im Jahr 2025 dürfte die Kernrate auf 2,4 Prozent sinken, wenngleich der Beitrag der Preise für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren neben den Dienstleistungen wieder etwas zunehmen dürfte. Mit den Rückgängen der Energiepreise im Jahr 2024 und 2025 von 3,3 bzw. 4 Prozent liegt die Inflationsrate insgesamt im Jahr 2024 bei 2,2 Prozent und im Jahr 2025 bei 1,9 Prozent.

Arbeitsmarkt

Die Tarifverdienste beschleunigen sich rapide. Seit unserer Frühjahrsprognose vom März kam es in gewichtigen Tarifbereichen zu Tarifabschlüssen, so im Einzelhandel (nach über einem Jahr Verhandlungen), im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe sowie im Bauhauptgewerbe. Wir gehen davon aus, dass im Groß- und Außenhandel der Abschluss aus dem Einzelhandel zeitnah übernommen wird; in der

Vergangenheit wiesen diese beiden Branchen einen hohen Gleichlauf in der Tariflohnentwicklung auf. Da die jüngsten Tarifabschlüsse höher ausfielen als von uns bislang angenommen, gehen wir für das Jahr 2024 nunmehr von einem Zuwachs der Tarifverdienste insgesamt von 6,9 Prozent aus (Frühjahrsprognose: 6 Prozent), nach 4 Prozent im vergangenen Jahr. Maßgeblich für den sehr hohen Zuwachs sind neben den Vereinbarungen im Handel die im öffentlichen Dienst der Länder, wo der maximal mögliche Betrag für die Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3 000 Euro innerhalb eines Jahres (2024) ausgezahlt wird; in den meisten anderen Branchen verteilt sich die Zahlung über zwei Jahre. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Zuwachs der Tarifverdienste von 3,6 Prozent (Frühjahrsprognose: 3,3 Prozent). Zwar steigen die tariflichen Grundvergütungen abermals kräftig, merklich gedämpft wird der Tarifverdienstzuwachs allerdings durch den Wegfall der Inflationsausgleichsprämien, die noch bis Ende des laufenden Jahres abgabenfrei von den Arbeitgebern gezahlt werden können.

Die Effektivverdienste steigen weiter kräftig. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) stiegen im vergangenen Jahr um 6,2 Prozent und zogen somit deutlich früher an als die Tarifverdienste. Ein Grund für die außergewöhnlich hohe positive Lohndrift dürfte sein, dass es im Handel aufgrund des über sehr lange Zeit andauernden Tarifkonflikts wohl bereits im vergangenen Jahr zu Entgelterhöhungen kam. So empfahl der Handelsverband Deutschland den tarifgebundenen Handelsunternehmen eine freiwillige Entgelterhöhung in Höhe von 5,3 Prozent ab Oktober 2023, die mit einem späteren Tarifabschluss verrechnet werden könnte. Insofern könnte die nun vereinbarte Tarifierhöhung im Handel zu einem beträchtlichen Teil bereits umgesetzt worden sein, was für sich genommen die Lohndrift im Jahr 2023 erhöht und im Jahr 2024 verringert. Darüber hinaus ist ein Teil der Lohndrift im vergangenen Jahr der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro im Oktober 2022 geschuldet. Im laufenden Jahr rechnen wir mit einem etwas schwächeren, aber weiterhin kräftigen Anstieg der Effektivverdienste um 5,6 Prozent, bevor sich die Lohndynamik im kommenden Jahr beruhigt (+3,2 Prozent). Die hohen Lohnkostenzuwächse sowie

die schwächelnde Arbeitsproduktivität führen zu einem kräftigen Anstieg der realen Lohnstückkosten vor allem im laufenden Jahr, was angesichts der vorausgegangenen starken Rückgänge aufgrund des Inflationsschubs allerdings lediglich eine Normalisierung zum langjährigen Mittel darstellt.

Die Arbeitslosigkeit nimmt vorerst weiter zu.

Die Zahl der Erwerbstätigen legte in den vergangenen Monaten weiter moderat zu; der zuvor ausgewiesene sehr starke Anstieg der Erwerbstätigkeit im Januar dieses Jahres ist mit der Revision der amtlichen Daten verschwunden. Gleichzeitig setzte sich auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit mehr oder minder kontinuierlich fort. Im Mai waren saisonbereinigt 2,76 Mill. Personen (Quote: 5,9 Prozent) als arbeitslos registriert. Damit hat die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwei Jahren – bereinigt um den Effekt durch die Erfassung ukrainischer Flüchtlinge – um rund 280 000 Personen zugenommen. Die lokalen Arbeitsagenturen erwarten laut IAB-Arbeitsmarktbarometer für die kommende Monate eine weiter steigende Arbeitslosigkeit. Auch die Frühindikatoren für die Beschäftigung haben sich zuletzt wenig verändert und deuten auf einen fortgesetzten moderaten Beschäftigungsaufbau hin. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für den Verlauf dieses Jahres zunächst mit weiteren Zuwächsen sowohl bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der Arbeitslosigkeit. Aufgrund der Erholung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte die Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr wieder allmählich sinken. Bei der Erwerbstätigkeit steht stärkeren Anstiegen die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials entgegen, das unseren Schätzungen zufolge im Prognosezeitraum seinen Zenit erreichen wird. Gleichwohl ist die Schätzung mit einiger Unsicherheit behaftet, da die altersspezifischen Partizipationsquoten sowie die Zuwanderung schwer zu prognostizieren sind. Alles in allem erwarten wir, dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2024 bei 5,9 Prozent und im Jahr 2025 bei 5,8 Prozent liegt, nach 5,7 Prozent im Jahr 2023 und 5,3 Prozent im Jahr 2022.⁸

⁸ Ein Teil des Anstiegs der Arbeitslosenquote in der Vergangenheit könnte dabei struktureller Natur gewesen sein. Nach Schätzungen von Weber (2024) führte die Bürgergeldreform innerhalb der ersten 12 Monate nach Inkrafttreten zu einem Rückgang der Beschäfti-

Öffentliche Finanzen

Die Finanzierungsdefizite gehen in beiden Jahren zurück. Im laufenden Jahr ist dies maßgeblich dem Ende der Energiepreisbremsen geschuldet, im kommenden Jahr machen sich erste Konsolidierungsbemühungen bemerkbar, die auch in Folge des Bundesverfassungsgerichtsurteils aus dem Herbst des Jahres 2023 ergriffen werden müssen. So werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften wohl spürbar langsamer zulegen, was allerdings von den Sozialversicherungen konterkariert wird, sodass gesamtstaatlich die Ausgaben des Staates trotz erster Sparbemühungen relativ zu Wirtschaftsleistung weiter zulegen dürften. Die Konsolidierung erfolgt somit in der Summe über die Einnahmeseite. Der Bruttoschuldenstand dürfte in den Jahren 2024 und 2025 ähnlich wie im Vorjahr bei rund 64 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen.

Die Einnahmen des Staates legen in beiden Jahren kräftig zu.

Ein deutliches Plus ist bei den Beitragseinnahmen zu erwarten, die von dem Anziehen der Bruttolöhne und -gehälter sowie dem Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien profitieren. Trotzdem sind in den Bereichen Gesundheit und Pflege steigende Beitragssätze für das Jahr 2025 absehbar, die ihrerseits die Einnahmedynamik weiter stützen. Das Plus bei den Steuereinnahmen dürfte deutlich geringer ausfallen, auch wenn höhere CO₂-Abgabensätze und das Ende der Begünstigung von Gas und Wärme sowie der Gastronomie in der Umsatzsteuer für sich genommen höhere Einnahmen insbesondere im Jahr 2024 bedeuten. Bei den veranlagten Steuern macht sich hingegen die Konjunkturschwäche bemerkbar, was vor allem das Aufkommen im laufenden Jahr dämpfen dürfte. Das Ende der Inflationsausgleichsprämien sowie die Normalisierung der Gewinnsteuereinnahmen sorgen dann im Jahr 2025 für ein robustes Plus und einen leichten Anstieg der Steuerquote. Die übrigen Einnahmen des Staates profitieren von der Anhebung der Lkw-Maut und steigenden Zinserträgen. Zudem ist der

gungsaufnahmen aus dem Leistungsbezug um knapp 6 Prozent, was für sich genommen einem Anstieg der Arbeitslosenquote langfristig von schätzungsweise 0,1 Prozentpunkten entspricht.

Anstieg im laufenden Jahr nochmals von der Umsetzung des ÖPNV in den Sektor Staat überzeichnet, da nun Ticketverkäufe als Staatseinnahmen gewertet werden. Im kommenden Jahr entfallen diese Effekte, und das Tempo normalisiert sich wieder. Insgesamt steigt die Einnahmequote des Staates in beiden Jahren deutlich.

Die Ausgaben des Staates werden nur moderat an Tempo verlieren. Durch den Wegfall der Energiepreisbremsen sinken die Ausgaben für Subventionen trotz eines gegenläufigen Effektes durch die EEG-Förderung der Stromproduktion im Jahr 2024 erheblich und dürften auch im Jahr 2025 keine Dynamik entfalten. Zudem gehen die Vermögensübertragungen im laufenden Jahr deutlich zurück. Sie waren im vergangenen Jahr allerdings durch einen Einmaleffekt im Zuge der Revision des Finanzierungssaldos durch die Neubewertung der Ausgaben im Zuge des EEG überzeichnet. Andere Ausgabenfelder weisen allerdings eine weiterhin hohe und zum Teil steigende Dynamik auf. So dürften insbesondere die Investitionsausgaben des Staates getrieben vom Sondervermögen Bundeswehr spürbar expandieren. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen dürften ebenfalls wieder schneller zulegen, was vor allem darin begründet sein dürfte, dass Preise in den Bereichen Gesundheit und Pflege Anschluss an die allgemeine Preisentwicklung suchen dürften und angesichts der Knappheiten in diesen Sektoren auch finden werden. So deutet sich politisch eine höhere Zahlungsbereitschaft an, etwa seitens des Bundesgesundheitsministeriums bei der Überarbeitung der Budgetierung niedergelassener Ärzte (Kasten 3). Mit nur etwas geringerem Tempo dürften zunächst die Arbeitnehmerentgelte und die monetären Sozialleistungen steigen. Die sich abschwächende Lohnentwicklung und die zunehmenden Engpässe in den öffentlichen Haushalten sprechen für einen nochmals moderateren Anstieg der Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2025. Die monetären Sozialleistungen werden 2025 ebenfalls weiter an Fahrt verlieren, da die Sätze in der Grundsicherung kaum noch steigen dürften, doch sorgt eine hohe Zahl an Renteneintritten weiter für ein deutliches Plus.

Besonders deutlich wird im laufenden Jahr der Anstieg der Zinsausgaben sein, der sich im Verlauf angesichts der Zinswende aber moderieren dürfte. Ebenfalls werden die Vorleistungskäufe eine Tempoverlangsamung aufweisen. Das laufende Jahr ist noch von der Umsetzung des ÖPNV in den Sektor Staat überzeichnet, und im kommenden Jahr dürften sich Konsolidierungsbemühungen bemerkbar machen.

Die jüngsten methodischen Änderungen in den VGR erschweren die Interpretation des Zahlenwerks. Bereits im vergangenen Jahr wurde der ÖPNV in den Sektor Staat überführt. Da dies nicht zu Jahresbeginn, sondern mit der Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai erfolgte, ist der Jahresvergleich verschiedener Komponenten des Staatskonsums und der öffentlichen Investitionen beeinträchtigt. Während dies im vergangenen Jahr nur nominale Größen und die Deflatoren betraf und die Vorjahresvergleiche entsprechend überzeichnet sind, kommt für das erste Quartal nun dazu, dass der preisbereinigte Staatskonsum dadurch unterzeichnet sein dürfte.⁹ Der Staatskonsum ohne ÖPNV liegt im ersten Quartal preisbereinigt rund 2,9 Prozent über dem Vorjahr, mit ÖPNV sind es nur 1,5 Prozent. Hätte es die sektorale Umsetzung des ÖPNV nicht gegeben oder wäre sie zum 1. Januar 2023 erfolgt, wäre der saisonbereinigte Staatskonsum im ersten Quartal 2024 vermutlich nicht gesunken. Mit der kommenden Generalrevision im August dieses Jahres wird der ÖPNV auch in den Vorjahren dem Staat zugerechnet, so dass dieses Problem entfällt. Aktuell wurde auf Empfehlung von Eurostat zudem das Finanzierungsdefizit des Staates für das Jahr 2023 deutlich höher ausgewiesen als noch im Februar. Maßgeblich war die Bewertung des Abbaus der Rücklagen auf dem EEG-Konto. Künftig sollen Zahlungen an die Produzenten erneuerbaren Stroms als sonstige Subventionen gewertet werden. Um nicht umfassender in andere VGR-Größen eingreifen zu müssen, wurden diese Zahlungen im Jahr 2023 zunächst als Vermögenstransfers gebucht. Ab dem ersten Quartal 2024 gelten sie als sonstige Subventionen.

⁹ Aus einer Kommunikation zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem RWI Essen geht hervor, dass für das erste Quartal der dem ÖPNV zurechenbare Staatskonsum nicht zu Vorjahrespreisen ange-

geben werden kann. Entsprechend entfällt dieser komplett bei der Berechnung des preisbereinigten Staatskonsums und liegt wie auch in den drei Quartalen davor nur nominal vor.

Mit der anstehenden Generalrevision wird auch dieser Punkt bereinigt.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Eine Korrektur der geringen Risikoprämien an den Kapitalmärkten könnte die Finanzierungsbedingungen trotz geldpolitischer Lockerung verschlechtern. Trotz erheblicher geopolitischer Spannungen werden an den Kapitalmärkten derzeit im historischen Vergleich eher geringe Risikoprämien aufgerufen. Dies steht im Kontrast zu den ökonomischen Verwerfungen, die durch sich verschärfende Handelskonflikte bis hin zu neuen kriegerischen Auseinandersetzungen auftreten würden. Ändert sich diese Risikoeinschätzung, würden sich von dieser Seite die Finanzierungsbedingungen verschlechtern, was der erwarteten geldpolitischen Unterstützung im Prognosezeitraum entgegenwirken würde.

Die Einschätzung des mit dem Krankenstand verbundenen Arbeitsausfalls ist unsicher. Gemessen an seinem langjährigen Trend ist der Krankenstand der Arbeitnehmer immer noch deutlich erhöht. In der Prognose ist unterstellt, dass sich diese Anomalie bis zum Ende des kommenden Jahres allmählich abbaut. Damit stützt ein von dieser Seite zunehmendes verfügbares Arbeitsvolumen die Erholung. Allerdings wurde nahezu zeitgleich zum Auftreten hoher Krankenstände, die sich als Nachwehen der Pandemiephase plausibilisieren lassen, auch das Meldeverfahren umgestellt (elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung), was für eine vollständigere Erfassung des krankheitsbedingten Arbeitsausfalls sprechen könnte. Je gewichtiger dieser Meldeeffekt ist, den wir derzeit nicht beziffern können, desto geringer ist der entstehungsseitige Expansionspielraum, der sich aus einer wieder etwas besseren Arbeitskräfteverfügbarkeit ergibt. Dieser Effekt ist umso bedeutsamer, als derzeit in Unternehmensbefragungen trotz konjunktureller Schwäche fehlende Arbeitskräfte von vielen Befragten der meisten Branchen als bedeutsamer produktionsbehindernder Faktor genannt wird. Allerdings entwickelt sich seit über zwei Jahren zugleich die Arbeitsproduktivität sehr schwach, was auch darauf hinweisen könnte, dass Unternehmen an Arbeitskräften festhalten, um für den Aufschwung

gerüstet zu sein. In dem Maße, wie dies zutrifft, bestünden Produktivitätsreserven, die den Expansionspielraum erweitern.

Die Einrichtung eines schuldenfinanzierten Staatsfonds begründet keinen Nexus zur Rentenfinanzierung. Die Bundesregierung plant mit dem Rentenpaket II neben der Festbeschreibung eines Mindestrentenniveaus von 48 Prozent den Aufbau eines Staatsfonds („Generationenkapital“). Mit diesem hebt der deutsche Staat Arbitragegewinne aus seinem Bonitätsvorteil gegenüber privaten Schuldner. Aus dem Renditedifferential zwischen Finanzierungskosten des Fonds (Schuldzinsen des Staates) und den zu erwarteten Renditen bei Anlagen am Weltkapitalmarkt resultieren Einnahmen für die Staatskasse. Mit diesen soll ein Teil der zusätzlichen Rentenausgaben finanziert werden, die durch die Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel entstehen. Fiskalisch besteht indes nur ein formaler und kein sachlogischer Nexus zwischen Rentenfinanzierung und Staatsfonds. Zwar kann de jure, wie von der Bundesregierung vorgesehen, eine Zweckbindung festgeschrieben werden. Materiell bestehen die fiskalischen Opportunitätskosten indes fort, denn die erwarteten Erträge aus dem Staatsfonds könnten ebenso gut für andere Anliegen genutzt werden (z. B. Verteidigung, Infrastruktur, Steuersenkung). Soll auf diese nicht verzichtet werden, müssen sie aus anderen Einnahmen finanziert werden, so dass das Non-Affektationsprinzip, wonach alle Einnahmen gegenüber allen Ausgaben in den Haushalten der Gebietskörperschaften deckungsfähig sind, nur de jure aufgehoben wird. Materiell macht es sich gleichwohl geltend. Unabhängig davon gilt, dass der Einsatz von Staatsfondserträgen zur Reduktion des Abgabenkeils auf Erwerbseinkommen grundsätzlich wachstumsunterstützend wirken kann. Damit lässt sich aber kein Eingriff im Rentensystem rechtfertigen, der in die Gegenrichtung wirkt. Vielmehr sollten beide Sachverhalte ökonomisch eigenständig betrachtet werden.

Die Standortqualität macht sich am Verhältnis aus längerfristig absehbarer Abgabenlast und Leistungsbündel fest. Der weltweite Standortwettbewerb wird darüber ausgetragen, wie attraktiv die Bedingungen für ökonomische Aktivität in verschiedenen Ländern ausgestaltet sind. Dies gilt sowohl für die Investitionsent-

scheidungen von Unternehmen als auch für die Migrationsentscheidungen qualifizierter Arbeitskräfte. Hierbei stehen den Kosten eines Standorts in Form der Abgabenlast die Leistungen des Standorts für produktive Aktivität gegenüber (Rechtssicherheit, Regulierung, Infrastruktur, Ausbildungssystem). Vergleichsweise höhere Abgaben bedeuten noch keinen zwangsläufigen Nachteil im Standortwettbewerb, sofern die daraus erzielten Mehreinnahmen in standortstärkende Bereiche fließen. Dies gilt indes für Abgaben, denen keine solche Vorteile gegenüberstehen. Hierzu zählen Ausgaben, die in erster Linie Besitzstände der nicht-aktiven Bevölkerung bedienen (insbesondere im Rentensystem) oder in Form von Subventionen die wirtschaftspolitisch bedingte Kostennachteile ausgleichen sollen, die in anderen Ländern nicht auftreten (etwa in der Energieversorgung). Hierbei spielt es mit Blick auf typischerweise langfristig ausgerichtete Standortentscheidungen eine untergeordnete Rolle, ob diese Ausgaben zunächst über höhere Staatsschulden finanziert werden oder sich unmittelbar in höheren Abgaben zeigen, weil in der längeren Frist beide zu einer ähnlichen Belastung der am Standort dauerhaft aktiven Unternehmenseigentümer und Arbeitskräfte führen. Der Standortstärke wäre wenig gedient, wenn nur solche Akteure angezogen bzw. gehalten würden, die während der kreditfinanzierten Ausgabenphase aktiv sind und nach Einsetzen der späteren Abgabenerhöhung abwandern.

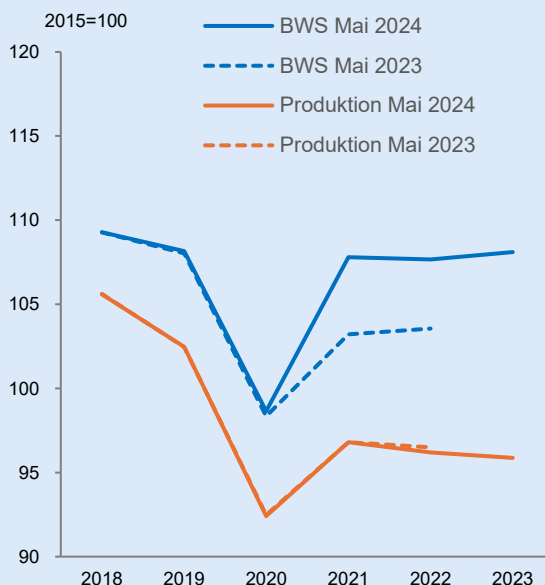
**Kasten 1:
Auftragseingänge, Industrieproduktion und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe**

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe befinden sich seit dem Jahresbeginn 2022 im Sinkflug. Seit dem ersten Quartal 2022 sind sie um rund 15 Prozent gesunken, nachdem sie zuvor zwischenzeitlich während der Erholung von der Pandemie kräftig gestiegen waren. Die Produktion und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe haben diese großen Schwankungen nur bedingt nachvollzogen, da die Unternehmen zunächst die lebhaft eingehenden Aufträge aufgrund der massiven Lieferengpässe nicht abarbeiten konnten und die Produktion später mit nachlassenden Lieferengpässen und Auftragseingängen von den zuvor aufgelaufenen Auftragsbeständen gezehrt hatte. Allerdings waren sowohl die Bruttowertschöpfung als auch die Produktion trotz der ausweislich der amtlichen Daten nach wie vor ausgesprochen hohen Auftragsbestände zuletzt in der Tendenz abwärtsgerichtet, und viele Unternehmen bewerten ihre Auftragslage als schwach. Dies gibt Anlass, den Zusammenhang zwischen Auftragseingängen und Bruttowertschöpfung sowie Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Folgenden näher zu analysieren.

Die Bruttowertschöpfung und die Produktion zeichnen ein unterschiedliches Bild des Aktivitätsniveaus im Verarbeitenden Gewerbe. So lag die Bruttowertschöpfung im ersten Quartal des laufenden Jahres knapp 2 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019, während die Produktion um 8,6 Prozent niedriger notierte. Gleichzeitig sind die Auftragseingänge in diesem Zeitraum um 6,8 Prozent gesunken. Konzeptionell können zahlreiche Ursachen Unterschiede zwischen der Bruttowertschöpfung und der Produktion erklären, wie Schwankungen bei den Vorleistungsquoten (da die Produktion den Produktionswert einschließlich der Vorleistungen abbildet), unterschiedliche Unternehmensabgrenzungen oder Veränderungen bei der Bedeutung einzelner Branchen (Lehmann und Wollmershäuser 2024). Zwar ist die Produktion ein guter Indikator für kurzfristige Schwankungen der Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe, für längerfristige Vergleiche dürfte die Bruttowertschöpfung aber ein geeigneterer Indikator sein. So hat das Statistische Bundesamt mit der Kostenstrukturerhebung für das Jahr 2021 im vergangenen Herbst zusätzliche Informationen in die Berechnung der Bruttowertschöpfung einfließen lassen und diese nachträglich im Niveau deutlich um rund 4 Prozent nach oben revidiert, während die Industrieproduktion nachträglich nicht mehr entsprechend revidiert wurde (Abbildung K1-1).

Empirisch kann das Niveau der Bruttowertschöpfung bzw. der Produktion, das bei den gegenwärtigen Auftragseingängen zu erwarten wäre, mittels Kointegrationsbeziehungen abgeschätzt werden (Beckmann und Janssen 2021). Abweichung von diesen Langfristbeziehungen lassen Rückschlüsse zu, inwieweit die Lieferengpässe die Bruttowertschöpfung und die Produktion behindert oder die hohen Auftragsbestände zuletzt gestützt haben. Empirische Tests zeigen statistisch signifikante Kointegrationsbeziehungen zwischen Auftragseingängen und sowohl Bruttowertschöpfung als auch Produktion. Allerdings unterliegen diese Langfristbeziehungen offenbar Strukturbrüchen, für die realwirtschaftliche wie auch konzeptionelle Veränderungen ursächlich sein können. Verschiedene Vorgehensweisen erlauben die Berücksichtigung von Strukturbrüchen. Im Folgenden wird bei einem Schätzzeitraum von 1991 bis 2019 auf Basis von Monatsdaten^a für drei Strukturbrüche kontrolliert.^b Für die Spezifikationen ergibt sich eine signifikante Anpassung von Bruttowertschöpfung und Industrieproduktion an die Abweichungen von der Langfristbeziehung. Die Abweichungen der Produktion von der Langfristbeziehung legen nahe, dass die Auftragseingänge – trotz ihres niedrigen Niveaus – derzeit ausreichend wären, um ein höheres Produktionsniveau erzielen zu können (Abbildung K1-2). Dieses Ergebnis ist angesichts der rückläufigen Auftragsbestände und der ausgesprochen negativen Beurteilung der Auftragslage durch die Unternehmen unplausibel und spricht zusätzlich dafür, dass die Produktion das derzeitige Aktivitätsniveau im Verarbeitende Gewerbe unterzeichnet. Die Ergebnisse für die Bruttowertschöpfung sprechen dafür, dass sie während der massiven Lieferengpässe deutlich hinter dem Niveau, das die Auftragseingänge zugelassen hätten, zurückgeblieben war. Im

**Abbildung K1-1
Revisionen bei der Bruttowertschöpfung und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe**

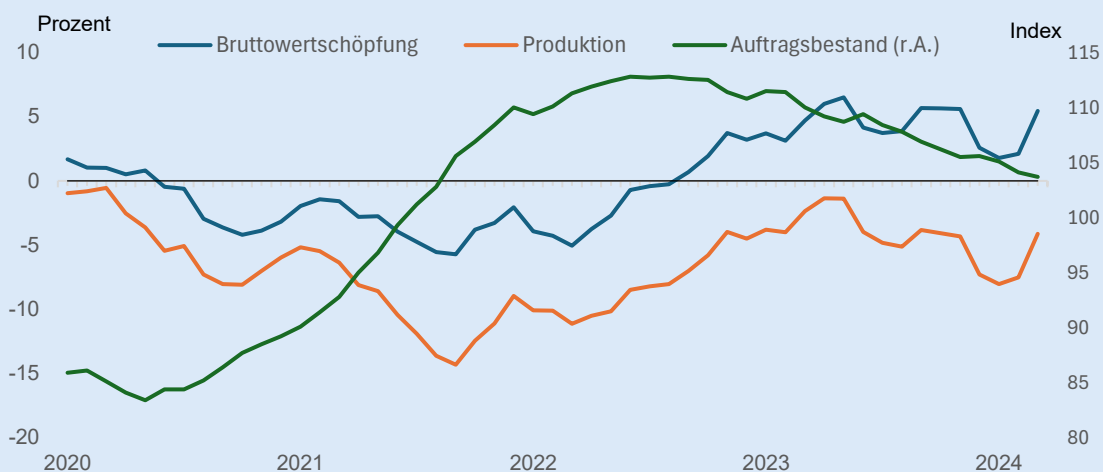


Jahresdaten; kalender- und saisonbereinigt; Bruttowertschöpfung (BWS) und Produktion im Verarbeitenden Gewerbe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW.

Verlauf des Jahres 2022, als die Lieferengpässe nachgelassen haben und die Auftragseingänge deutlich zurückgegangen sind, ist die Bruttowertschöpfung demgegenüber stabiler geblieben, als es das Niveau der Auftragseingänge signalisiert hat. Die Abweichungen der Bruttowertschöpfung von der Langfristbeziehung mit den Auftragseingängen passen gut zu der Entwicklung der Auftragsbestände, die seit Mitte des Jahres 2022 rückläufig sind. Die größeren Ausschläge im Verlauf sind auf Großaufträge zurückzuführen, die die Auftragseingänge in einzelnen Monaten kräftig haben steigen lassen. Insgesamt sprechen die Ergebnisse dafür, dass die Bruttowertschöpfung bei dem gegenwärtigen Niveau der Auftragseingänge um bis zu 5 Prozent niedriger sein könnte und dass die hohen Auftragsbestände bis zuletzt spürbar gestützt haben.

Abbildung K1-2:
Abweichung vom langfristigen Zusammenhang mit den Auftragseingängen und Auftragsbestände



Monatsdaten: Produktion, Bruttowertschöpfung: Langfristbeziehung: mit den Auftragseingängen jeweils mit 3 Strukturbrüchen in der Konstanten, Schätzzeitraum 1991 bis 2019; negativer Wert bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung bzw. die Industrieproduktion niedriger ist, als es die Langfristbeziehung mit den Auftragseingängen signalisieren würde.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW.

^a Für die empirische Analyse wurde die Bruttowertschöpfung mithilfe der monatlichen Schwankungen der Produktion so zu Monatsdaten interpoliert, dass das jeweilige Quartalsniveau der Bruttowertschöpfung erhalten bleibt.

^b Strukturbrüche wurden basierend auf dem Verfahren von Bai und Perron (1998) identifiziert. Für die Industrieproduktion sind die Ergebnisse für den Zeitraum ab dem Jahr 2020 relativ stabil, unabhängig davon, für wie viele Strukturbrüche kontrolliert wird. Für die Bruttowertschöpfung ergeben sich ähnliche Ergebnisse nur, wenn mindestens für drei Strukturbrüche kontrolliert wird. Sofern für weniger Strukturbrüche kontrolliert wird, wäre die Bruttowertschöpfung ausweislich der Langfristbeziehung seit dem Jahr 2020, also auch zu den Zeiten massiver Lieferengpässe, höher gewesen, als das Niveau der Auftragseingänge signalisiert hätte. Der Bai-Perron-Test favorisiert eher Spezifikationen mit mehr Strukturbrüchen. Die Ergebnisse sind robust gegenüber der konkreten Modellierung der Strukturbrüche bei der Konstanten, bei den Auftragseingängen oder beiden Größen gleichzeitig. In sämtlichen Spezifikationen weisen statistische Tests auf eine Langfristbeziehung hin.

Kasten 2: **Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen von Fußball-Großveranstaltungen**

Die in Kürze beginnende Fußball-Europameisterschaft ist nicht nur unter sportlichen Gesichtspunkten von großem Interesse. Eine solche Großveranstaltung wirft auch die Frage nach möglichen gesamtwirtschaftlichen Effekten auf. So könnten nach dem Zuschlag für eine Großveranstaltung die Investitionen oder während der Ausrichtung der private Konsum steigen. Selbst wenn in nennenswertem Umfang wirtschaftliche Aktivität in engem Zusammenhang mit einer Großveranstaltung entstehen sollte, ist fraglich, welche gesamtwirtschaftlichen Effekte daraus resultieren, da andere Aktivitäten verdrängt werden könnten. Im Folgenden soll empirisch untersucht werden, ob Fußball-Weltmeisterschaften oder Fußball-Europameisterschaften während der Ausrichtung systematische Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt oder den privaten Konsum im Gastgeberland haben.

Eine Vielzahl von Studien hat sich bereits mit den ökonomischen Auswirkungen von sportlichen Großveranstaltungen befasst, wobei der Fokus überwiegend auf Olympischen Spielen liegt. Während einige Studien ganzheitliche Kosten-Nutzen-Analysen zur Abwägung der Vor- und Nachteile verwenden, legen andere Studien ihren Fokus auf gesamtwirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt oder den privaten Konsum. Der Kernaspekt dieser Analysen liegt in der Frage, ob sich im Zusammenhang mit der Ausrichtung eines Turniers ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität feststellen lässt. Üblicherweise wird hierbei zwischen Effekten im Zusammenhang mit dem Zuschlag und mit der Ausrichtung eines Turniers unterschieden.

Einige Studien liefern Hinweis auf statistisch signifikante gesamtwirtschaftliche Effekte. So finden beispielsweise Brückner und Pappa (2015) auf Basis einer Zeitreihenanalyse für ein großes Panel an Ländern, dass Bruttoinlandsprodukt, Investitionen und Konsum 3 bis 5 Jahre vor der Ausrichtung von Olympischen Spielen signifikant steigen. Der private Konsum steigt zudem auch während der Ausrichtung der Spiele signifikant. Rose und Spiegel (2011) finden in einem ähnlichen Ansatz positive Auswirkungen der Ausrichtung Olympischer Spiele auf die Exporte eines Landes. Im Rahmen derartiger Analysen stellt die kausale Identifikation und die Identifikation von Wirkungskanälen eine große Herausforderung dar. So hängen die Ergebnisse von signifikanten Effekten offenbar stark von den gewählten Spezifikationen und Länder-Stichproben ab (Bista 2016; Langer et al. 2015).

Im Folgendem sollen die Effekte der Ausrichtung von Fußball-Europameisterschaften und Fußball-Weltmeisterschaften auf die Zuwachsraten von Bruttoinlandsprodukt und privaten Konsum gegenüber dem Vorjahr abgeschätzt werden.^a Für diese Analyse werden auf Basis eines Panel-Datensatzes insgesamt 213 Länder für den Zeitraum von 1960 bis 2019 anhand von Jahresdaten betrachtet. 23 der Länder haben während dieses Zeitraums Fußball-Großveranstaltungen ausgetragen; insgesamt werden in Anbetracht der Datenverfügbarkeit 13 Europameisterschaften und 15 Weltmeisterschaften berücksichtigt. Die übrigen Länder dienen als Referenzgruppe. Um die Robustheit der Ergebnisse sicherzustellen, wird die Analyse für unterschiedliche Ländergruppen durchgeführt. So werden alternativ zur vollständigen Stichprobe nur Länder mit einer Einwohnerzahl von über 1 bzw. 5 Millionen betrachtet. Weitere Länder-Stichproben umfassen nur Länder mit hohem Einkommen (gemäß der Definition der Weltbank) insgesamt oder mit mehr als 5 Millionen Einwohnern sowie nur die bisherigen Gastgeberländer.

Der Effekt der Ausrichtung von Fußball-Großveranstaltungen wird mittels Dummy-Variablen abgeschätzt, die im Jahr der Ausrichtung den Wert 1 annehmen. Neben dem Jahr der Ausrichtung werden auch mögliche Auswirkungen im Jahr davor und danach einbezogen. Ein positiv signifikanter Koeffizient würde implizieren, dass das Bruttoinlandsprodukt oder der private Konsum mit der Ausrichtung eines Turniers stärker steigen. Durch die Berücksichtigung sogenannter „fixed effects“ als zusätzlicher Regressoren wird für länder- und zeitspezifische Effekte kontrolliert, die nicht im Zusammenhang mit einer Fußball-Großveranstaltung stehen. Dadurch können beispielsweise Aspekte wie der Rückgang der Wirtschaftsleistung im Zusammenhang mit der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 berücksichtigt werden. Zudem werden drei Verzögerungen der jeweils abhängigen Variablen in die Schätzgleichungen aufgenommen.

Die Schätzungen ergeben, dass Fußball-Großveranstaltungen sowohl im Jahr der Ausrichtung als auch im Jahr davor oder danach keinen signifikanten Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt haben (Tabelle K2-1). Auch für die privaten Konsumausgaben zeigen sich keine signifikanten Effekte für das Jahr der Ausrichtung (Tabelle K2-2). Für Weltmeisterschaften ergibt sich für einige Ländergruppen sogar ein negativer Effekt im Jahr nach der Ausrichtung. Dieser Effekt ist schwer zu plausibilisieren, zumal für das Jahr der Ausrichtung keine positiven Effekte zu erkennen sind. Der Effekt ist allerdings nicht über sämtliche Spezifikationen signifikant und für kleinere Länder-Stichproben in der Tendenz schwächer. Dies zeigt, dass die Ergebnisse merklich von den betrachteten Ländergruppen abhängen können.

Insgesamt deutet die Analyse darauf hin, dass die Ausrichtung von Fußball-Europameisterschaften und Fußball-Weltmeisterschaften keine systematischen positiven Effekte auf die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts und des privaten Konsums haben. Freilich könnten sich gleichwohl unterjährige Auswirkungen oder Auswirkungen auf einzelne kleinere Größen wie die Reisetätigkeit ergeben. Die Effekte könnten

zudem auch von länderspezifischen Gegebenheiten abhängen. So könnten sich für kleinere Volkswirtschaften tendenziell größere Effekte ergeben. Für die kommende Europameisterschaft würde dies mit Deutschland als wirtschaftlich großem Ausrichter aber tendenziell einen geringen Effekt implizieren.

Tabelle K2-1
Auswirkungen von Europa- und Weltmeisterschaften auf die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Alle Län- der	>1 Mill. Einw.	>5 Mill. Einw.	Hohes Einkom- men	Hohes Eink. >5 Mill. Einw.	Ausrichter
1. Verzögerung	0.197*** (0.0532)	0.197*** (0.0619)	0.130* (0.0685)	0.249*** (0.0577)	0.261*** (0.0427)	0.386*** (0.0658)
2. Verzögerung	0.0447*** (0.0164)	0.0618*** (0.0178)	0.0765*** (0.0177)	-0.0147 (0.0313)	0.0718 (0.0681)	0.0527 (0.0368)
3. Verzögerung	0.0497*** (0.0145)	0.0570*** (0.0162)	0.0646*** (0.0164)	0.0157 (0.0257)	0.0915*** (0.0236)	0.0667* (0.0328)
Jahr EM	-0.00245 (0.00417)	-0.00269 (0.00418)	-0.00223 (0.00445)	-0.00441 (0.00391)	-0.00437 (0.00352)	-0.00444 (0.00364)
Jahr nach EM	-0.00191 (0.00400)	-0.00420 (0.00411)	-0.00440 (0.00480)	0.00310 (0.00396)	-0.000910 (0.00303)	0.000900 (0.00264)
Jahr vor EN	0.00825 (0.00662)	0.00901 (0.00682)	0.00986 (0.00717)	0.00251 (0.00502)	0.00133 (0.00464)	0.00294 (0.00521)
Jahr WM	-0.0109 (0.00741)	-0.00973 (0.00704)	-0.0105 (0.00686)	0.000889 (0.00548)	0.00426 (0.00550)	-0.00841 (0.00765)
Jahr nach WM	-0.00117 (0.00841)	-0.000618 (0.00864)	-0.000670 (0.00843)	-0.00558 (0.00584)	-0.00347 (0.00605)	-0.000958 (0.00700)
Jahr vor WM	-0.00511 (0.00591)	-0.00652 (0.00627)	-0.00617 (0.00581)	-0.00850** (0.00398)	-0.00525 (0.00444)	-0.00108 (0.00647)
Konstante	0.0450*** (0.00543)	0.0416*** (0.00588)	0.0439*** (0.00656)	0.0531*** (0.00799)	0.0383*** (0.00793)	0.0425*** (0.00994)
Beobachtungen	8,832	7,030	5,746	3,071	1,585	1,116
Bestimmtheitsmaß	0.109	0.117	0.096	0.235	0.383	0.447
Anzahl der Länder	213	159	123	79	33	22

Robuste Standardfehler sind in Klammern angegeben. ***/**/* kennzeichnen Signifikanz auf einem Niveau von 10%, 5% und 1%.

Tabelle K2-2
Auswirkungen von Europa- und Weltmeisterschaften auf die Zuwachsrate des privaten Konsums

	(1) Alle Länder	(2) >1 Mill. Einw.	(3) >5 Mill. Einw.	(4) Hohes Ein- kommen	(5) Hohes Eink. >5 Mill. Einw.	(6) Ausrichter
1. Verzögerung	-0.0576 (0.0410)	-0.0318 (0.0411)	-0.0136 (0.0438)	-0.0721 (0.120)	0.336*** (0.0712)	0.358*** (0.0683)
2. Verzögerung	0.0684** (0.0323)	0.0568 (0.0363)	0.0416 (0.0271)	0.0607 (0.0518)	-0.0756*** (0.0234)	-0.0277 (0.0465)
3. Verzögerung	-0.0112 (0.0371)	-0.0205 (0.0409)	-0.00863 (0.0422)	0.0585 (0.0534)	0.0362 (0.0244)	0.0194 (0.0279)
Jahr EM	0.00516 (0.00720)	0.00445 (0.00650)	0.00204 (0.00635)	0.00116 (0.00743)	0.000872 (0.00523)	0.000150 (0.00453)
Jahr nach EM	0.00367 (0.00686)	0.00451 (0.00658)	0.00344 (0.00681)	0.00312 (0.00881)	0.00160 (0.00674)	0.00367 (0.00637)
Jahr vor EN	0.00723 (0.0111)	0.00648 (0.0110)	0.00887 (0.0112)	-0.00120 (0.00641)	-0.00237 (0.00482)	0.00617 (0.00806)
Jahr WM	-0.00249 (0.00763)	-0.00313 (0.00786)	-0.00287 (0.00742)	0.00147 (0.00745)	0.00467 (0.00655)	-0.00190 (0.00932)
Jahr nach WM	-0.0180** (0.00706)	-0.0180** (0.00690)	-0.0164** (0.00682)	-0.0102 (0.00980)	-0.0108 (0.00937)	-0.0135* (0.00755)
Jahr vor WM	-0.00340 (0.00619)	-0.00296 (0.00617)	-0.00395 (0.00662)	-0.00329 (0.00712)	-0.00392 (0.00631)	-0.00168 (0.00558)
Konstante	0.0419*** (0.00995)	0.0415*** (0.00976)	0.0386*** (0.00972)	0.0381 (0.0232)	0.0237 (0.0213)	0.0371** (0.0137)
Beobachtungen	5,631	5,187	4,417	1,971	1,432	989
Bestimmtheitsmaß	0.025	0.023	0.036	0.107	0.257	0.276
Anzahl der Länder	168	144	112	56	33	22

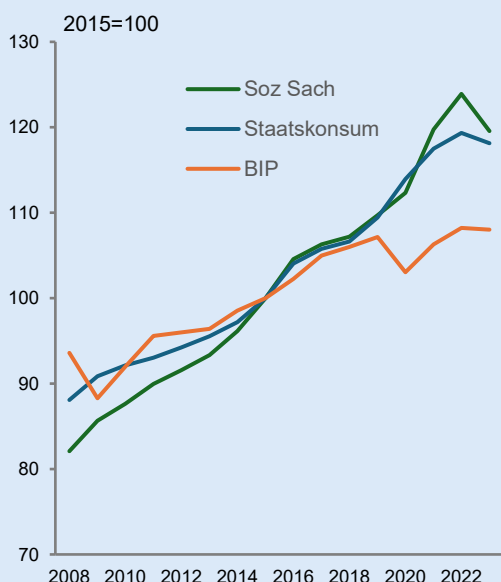
Robuste Standardfehler sind in Klammern angegeben. *****/**/ * kennzeichnen Signifikanz auf einem Niveau von 10%, 5% und 1%.

^aDie Daten stammen von den World Development Indicators der Weltbank und beziehen sich auf die jeweilige Landeswährung. Die hier präsentierten Ergebnisse sind robust, wenn Bruttoinlandsprodukt und privater Konsum in Relation zur Bevölkerung gesetzt werden.

**Kasten 3:
Zur Entwicklung des Deflators der sozialen Sachleistungen**

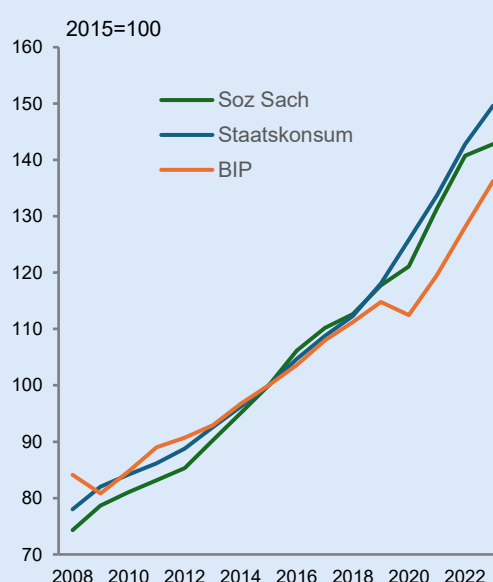
Seit dem Beginn der Pandemie hat die deutsche Wirtschaft ihren (bis dahin absehbaren) Wachstumspfad verlassen. Während in den Jahren davor der Staatskonsum insgesamt und die sozialen Sachleistungen in einem gewissen Gleichlauf nominal und preisbereinigt mit dem Bruttoinlandsprodukt gestiegen waren, legten sie seitdem deutlich stärker zu (Abbildungen K3-1 und K3-2). Während der Pandemie dürften dazu in großem Umfang zusätzliche Maßnahmen vom Staat beigetragen haben. Doch hat sich die Lücke im vergangenen Jahr trotz des Wegfalls der pandemiebedingten Maßnahmen nicht geschlossen.

**Abbildung K3-1
Bruttoinlandsprodukt, Staatskonsum und soziale Sachleistungen (preisbereinigt)**



Index. 2015=100.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

**Abbildung K3-2
Bruttoinlandsprodukt, Staatskonsum und soziale Sachleistungen (nominal)**



Index. 2015=100.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

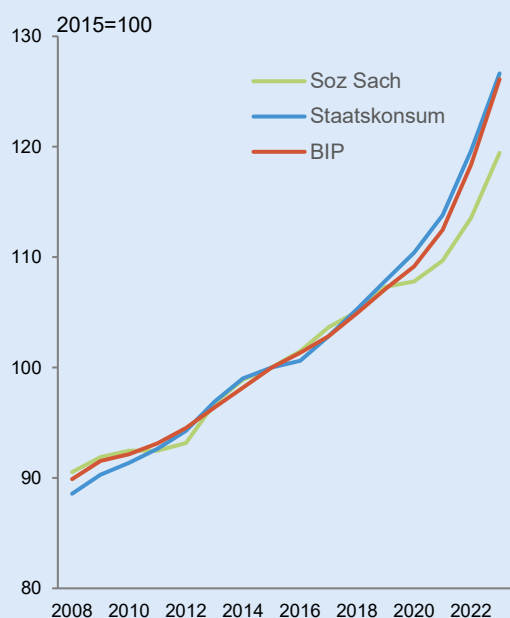
In nominaler Rechnung haben sich die Sozialen Sachleistungen dem BIP wieder angenähert. Doch ist die Menge der erbrachten Leistungen offenbar relativ zu allen Leistungen in der Volkswirtschaft immer noch deutlich erhöht. Zugleich laufen die Preise in diesem Bereich den gesamtwirtschaftlichen Preisen hinterher (Abbildung K3-3). Die Preise im staatlich finanzierten Gesundheitssektor sind demnach hinter den allgemeinen Trend zurückgefallen, was weniger Möglichkeiten zur Entlohnung der Leistungserbringer in diesen Bereichen bedeutet. Die finanziell angespannte Lage in vielen Kliniken, die sich dem allgemeinen Lohnauftrieb nicht verschließen können, dürfte mit diesem gesamtwirtschaftlichen Befund korrespondieren. Es stellt sich die Frage, ob die Abweichung von Dauer sein kann oder ob ein relativer Aufholprozess der Preise für soziale Sachleistungen bevorsteht.

Bereits in der Vergangenheit haben sich persistente Abweichungen zwischen den Deflatoren der Sozialen Sachleistungen und des Bruttoinlandsprodukts ergeben (Abbildung K3-4). So öffnete sich um das Jahr 1997 eine „Lücke“, die nie wieder aufgeholt wurde. Diese dürfte im Zusammenhang mit der damaligen Gesundheitsreform stehen. Derzeit ist die Versorgungslage in weiten Teilen von Gesundheit und Pflege allerdings sehr angespannt, was dafür spricht, dass die Preise in diesen Bereichen eher zügiger zulegen dürften. Zudem deuten aktuelle Reformpläne z.B. der Hausarztvergütung an, dass diesem Druck nachgegeben wird. Solange keine größeren Reformen des Leistungsgefüges in den Bereichen Pflege und Gesundheit anstehen, erscheint zumindest ein teilweises Aufholen der Preislücke wahrscheinlich.

In den kommenden Jahren rechnen wir daher zunächst mit einem spürbaren Anstieg des Deflators der sozialen Sachleistungen und der Ausgaben in diesem Bereich insgesamt. Da allerdings die Deflatoren anderer Bereiche des Staatskonsums (z.B. Abschreibungen) nach jüngst kräftigen Anstiegen im Prognosezeitraum voraussichtlich wieder langsamer zulegen werden, wird der Effekt nicht zu einem deutlich

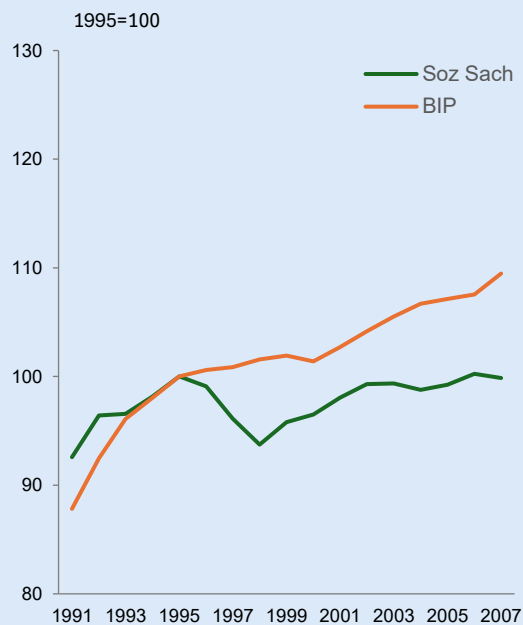
stärker steigenden Deflator des Staatskonsums führen, der zudem derzeit im Vorjahresvergleich temporär von Effekten durch die Umsetzung des ÖPNV in den Sektor Staat überzeichnet und durch die deutliche Anhebung der Lkw-Maut in die Gegenrichtung beeinflusst ist.

Abbildung K3-3:
Bruttoinlandsprodukt, Staatskonsum und soziale Sachleistungen (Deflatoren)



Index. 2015=100.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K3-4:
Bruttoinlandsprodukt und soziale Sachleistungen (Deflatoren)



Index. 2015=100.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

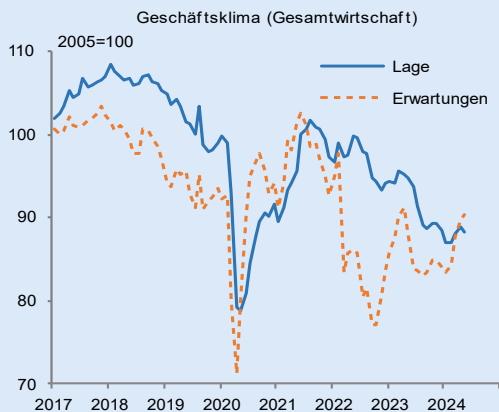
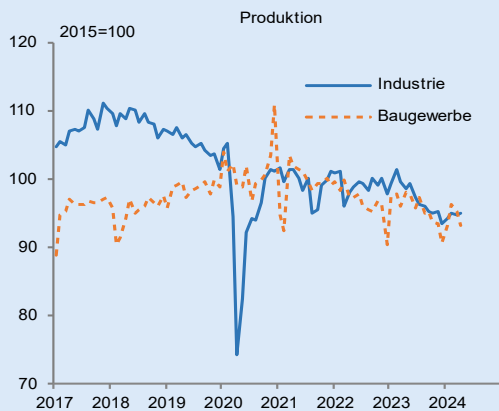
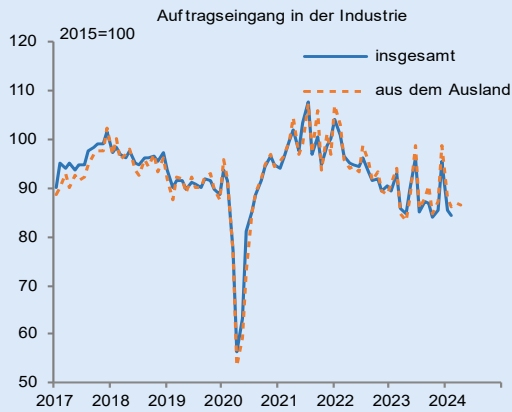
Datenanhang

INHALT

- 1. Konjunkturindikatoren..... 25
- 2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung 26
- 3. Außenwirtschaft 28
- 4. Inländische Verwendung 30
- 5. Wirtschaftsbereiche..... 33
- 6. Löhne 34
- 7. Beschäftigung 35
- 8. Öffentliche Finanzen 36
- 9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit 38
- 10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 39
- 11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 40
- 12. Hauptaggregate der Sektoren 43
- Literatur..... 46

1. Konjunkturindikatoren

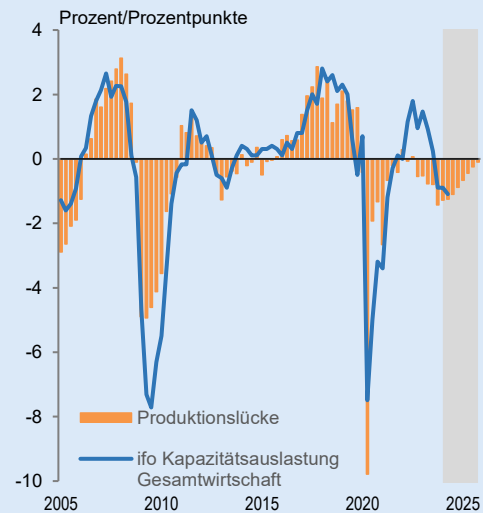
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

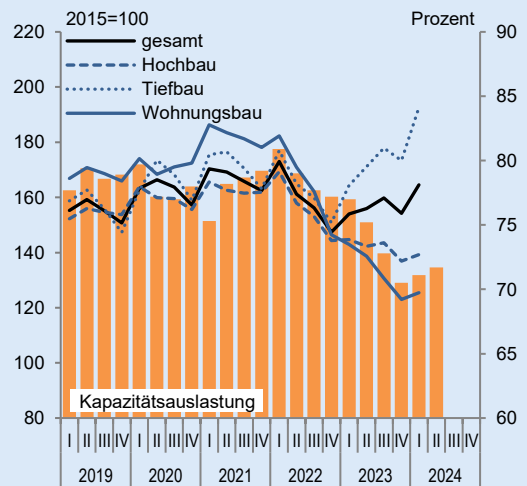
Abbildung 1.2:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten: Prozentuale Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial, Schätzung des Produktionspotenzials aus der Mittelfristprojektion Frühjahr 2024 (Boysen-Hogrefe et al. 2024), Abweichung der ifo gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vom Mittelwert in Prozentpunkten (2005 bis 2019).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

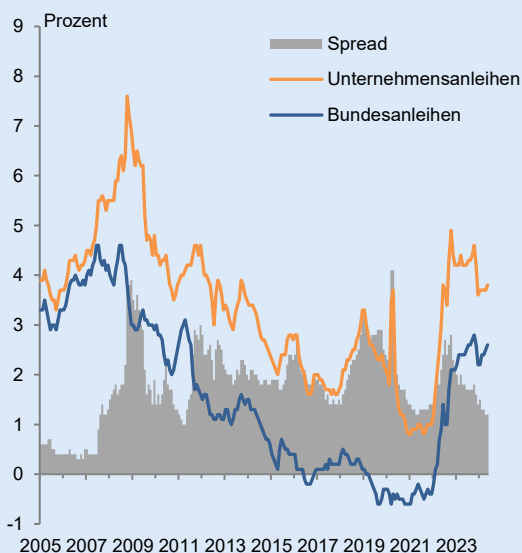


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

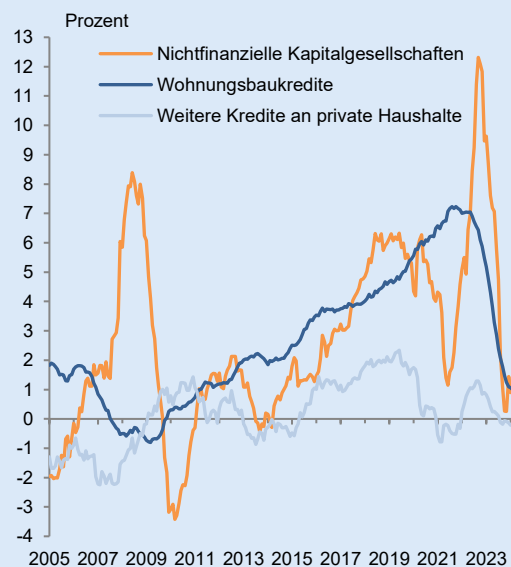
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Berechnungen des IfW Kiel.

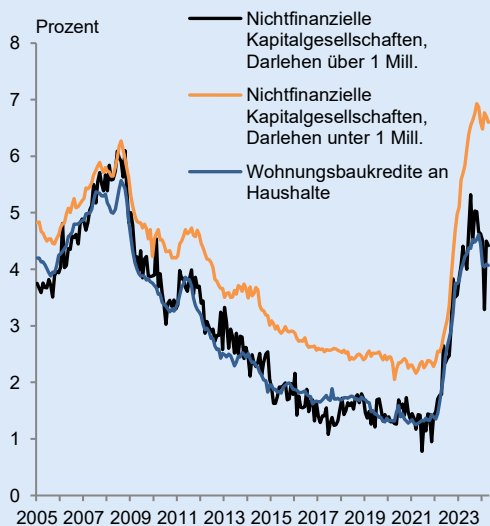
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

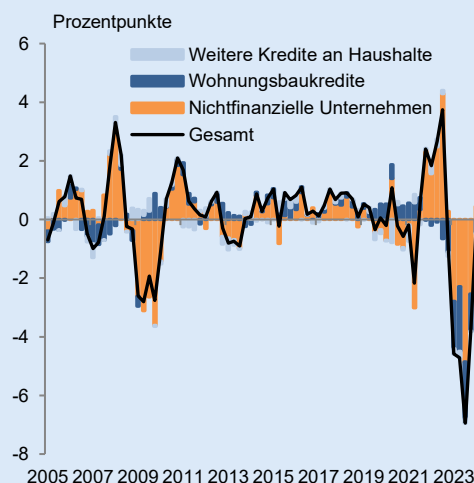
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

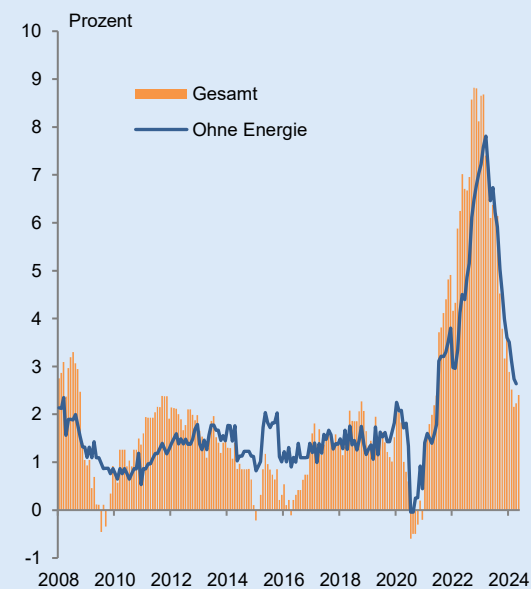
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

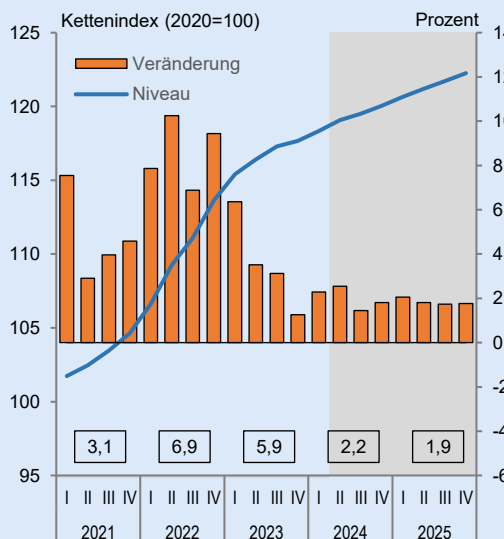
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken;
Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2.1:

Rahmendaten für die Konjunktur

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	3,00	3,50	4,00	4,00	4,00	3,75	3,50	3,25	3,00	2,50	2,50	2,50
Langfristige Zinsen	2,31	2,36	2,56	2,51	2,28	2,53	2,60	2,60	2,60	2,60	2,60	2,60
US-Dollar/Euro	1,07	1,09	1,09	1,08	1,09	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	90,6	91,3	91,8	91,3	91,5	91,0	90,6	90,3	90,1	90,0	90,0	90,0
Exportmärkte	0,5	0,2	0,4	0,3	0,5	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	81,2	78,5	86,6	83,8	83,0	82,6	80,0	78,8	77,8	76,9	76,1	75,3
Gaspreis	53,5	35,4	33,2	40,6	27,4	31,6	34,5	38,0	39,6	36,4	36,2	37,6
Strompreis	118,0	95,1	96,8	85,0	69,6	74,6	84,3	100,0	108,4	85,5	91,7	102,8

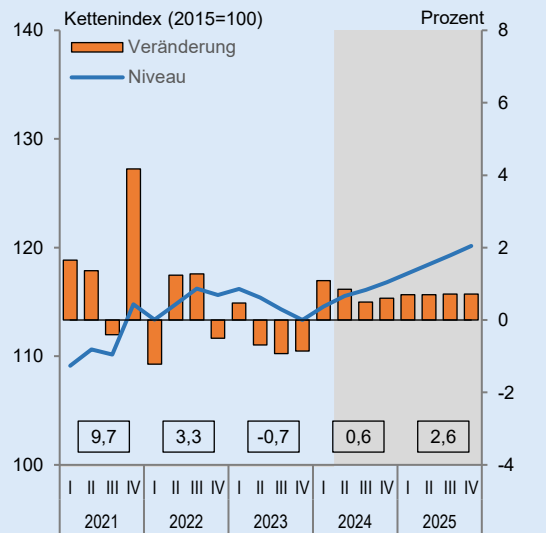
Leitzins der EZB: Zinssatz der Einlagefazilität (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger börsennotierter Bundesanleihen (Quartalsdurchschnitt); preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal; Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent; Gaspreis: Euro je MWh (TTF); Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA, LSEG Datastream, EEX, ENDEX; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

Abbildung 3.1:

Exporte

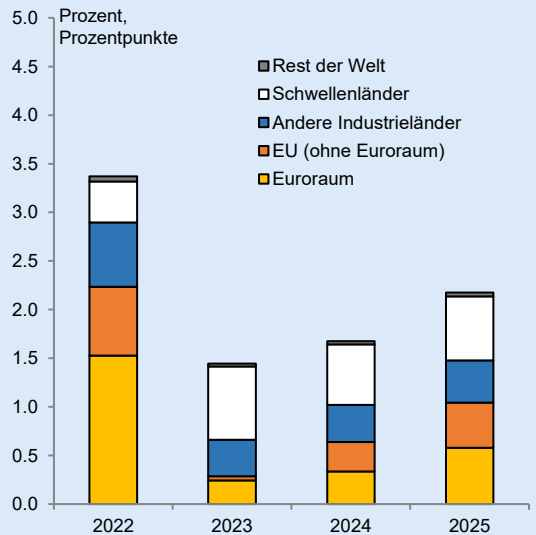


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 3.3:

Deutsche Exportmärkte

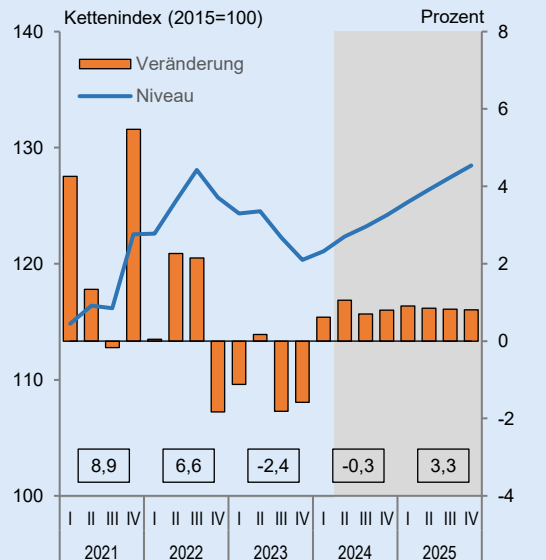


Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 3.2:

Importe

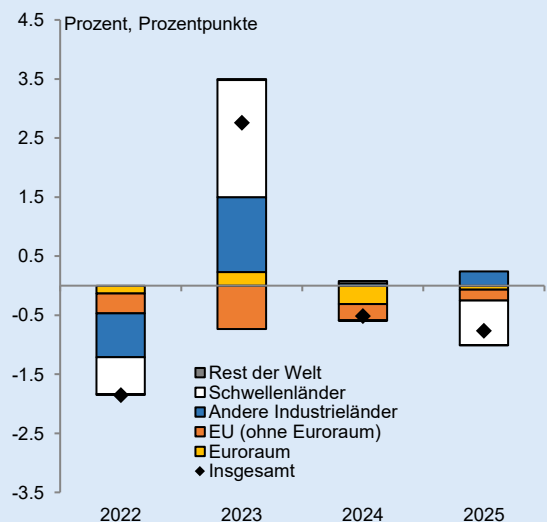


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 3.4:

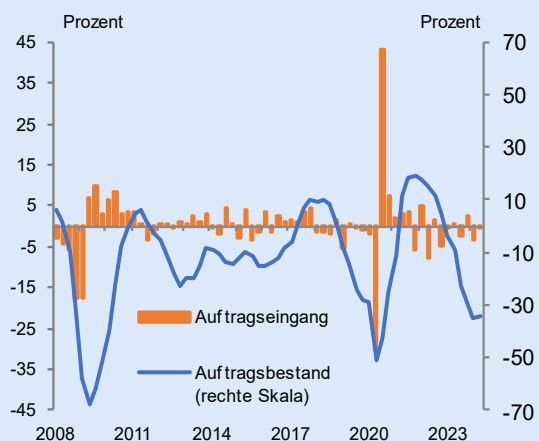
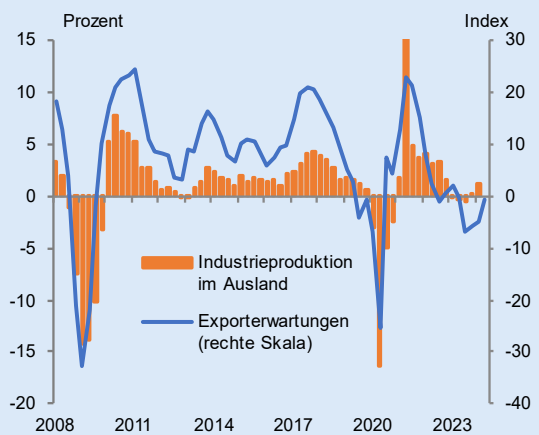
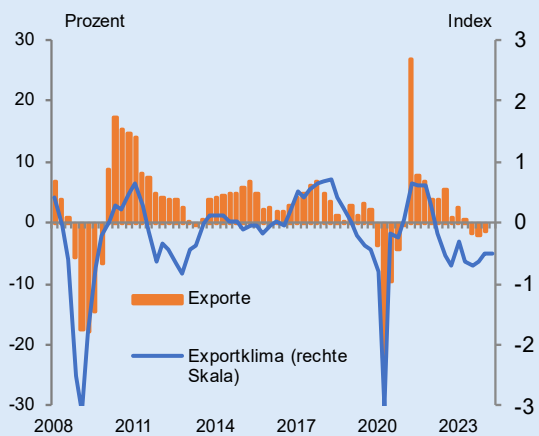
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2020; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren

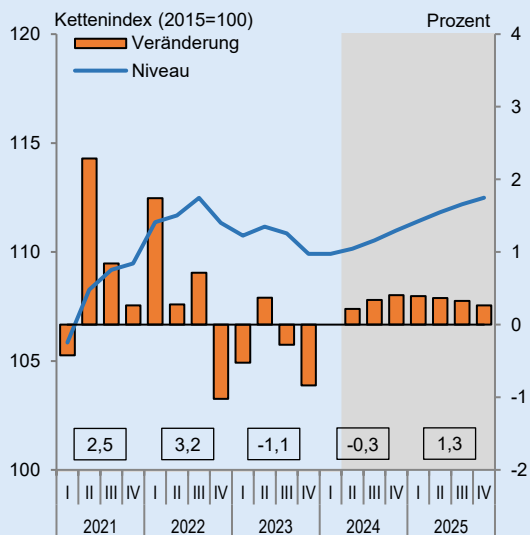


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen: Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturoberspektiven* Berechnungen des IfwKiel.

4. Inländische Verwendung

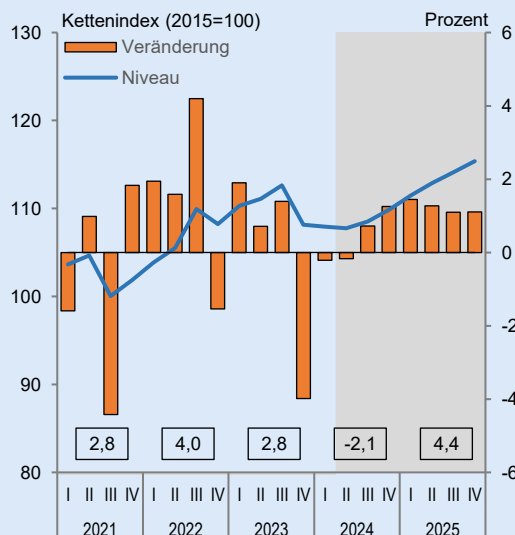
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

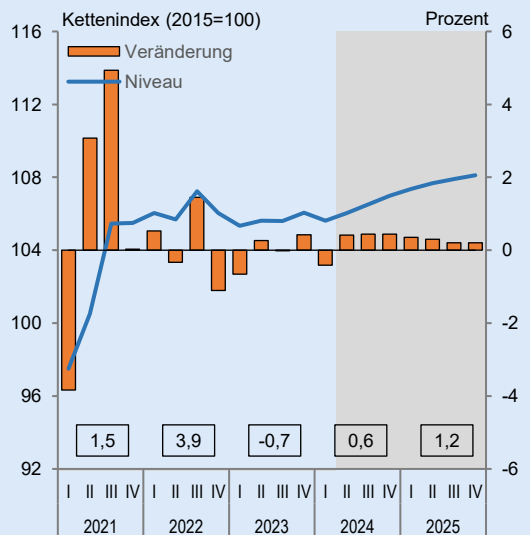
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

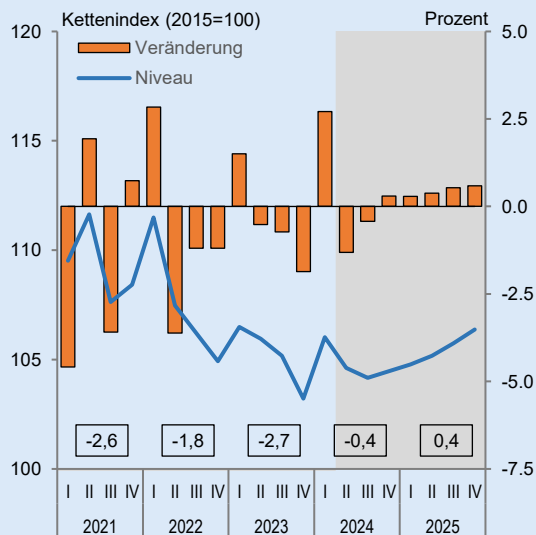
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

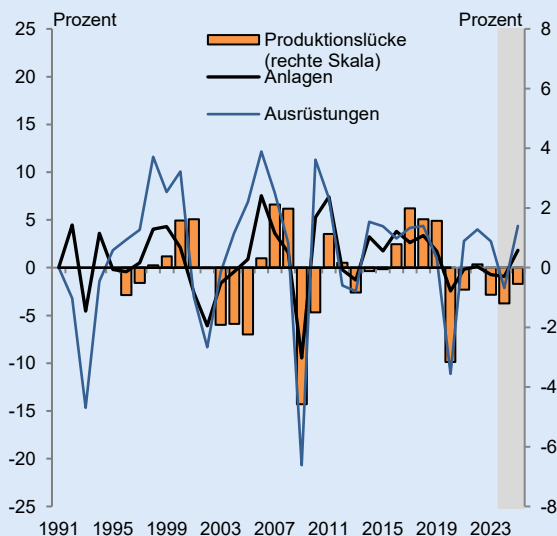
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

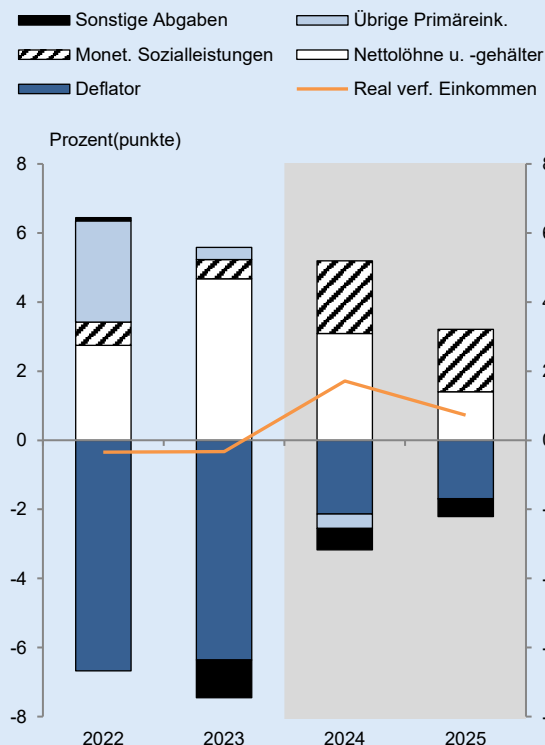
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

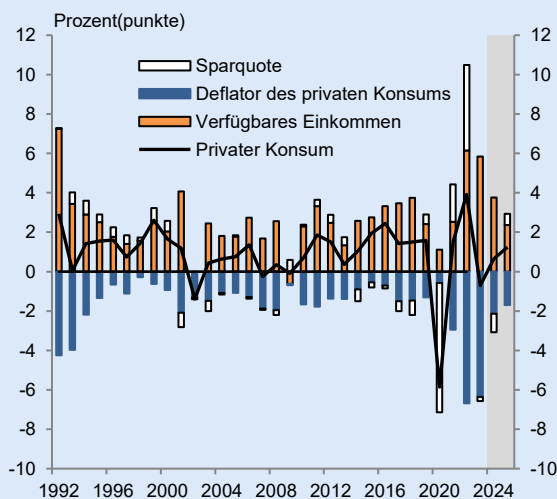
Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.6:
Zerlegung der Zuwachsrates des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

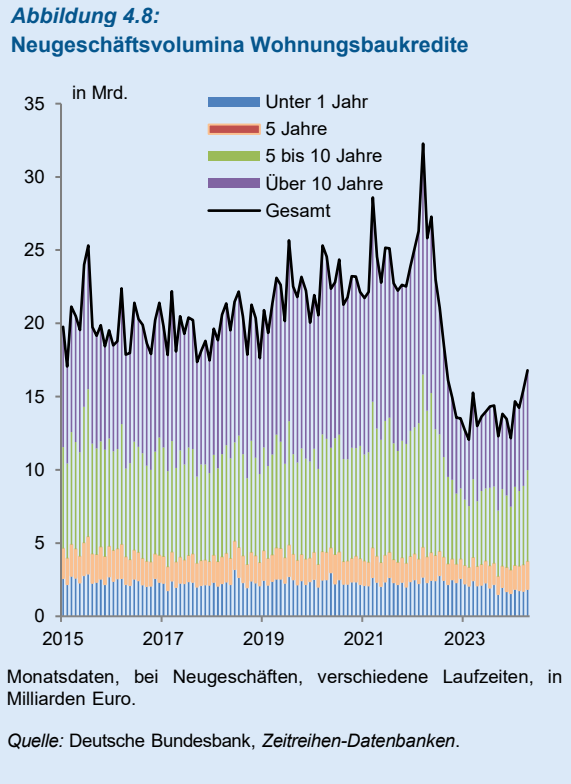
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2022	2023	2024	2025
Anlageinvestitionen	0,1	-0,7	-0,9	1,8
Unternehmensinvestitionen	2,4	1,2	-2,4	2,7
Ausrüstungen	4,0	2,8	-2,1	4,4
Wirtschaftsbau	-1,6	-2,6	-0,4	1,2
Sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	-0,3	1,7
Wohnbau	-2,2	-3,4	-1,5	0,3
Öffentlicher Bau	-0,1	0,8	4,9	-0,4
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	-1,8	-2,7	-0,4	0,4

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.



5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle:5.1
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

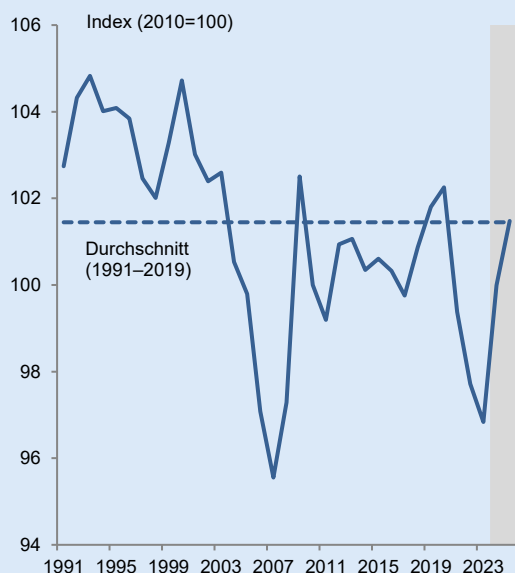
	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,1	0,1	-0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,4	-0,1	0,1	-0,5	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,4	-0,6	-1,5	-0,7	-0,4	0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	0,7	0,0	-1,1	-1,7	0,2	0,4	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-1,0	-4,3	-4,3	6,6	-4,6	-0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	3,2	0,1	0,0	-2,0	2,5	-0,8	-0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,8	0,0	1,3	-1,3	0,4	0,4	0,5	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2
Information und Kommunikation	0,0	1,8	1,0	0,2	-0,9	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,7	-0,7	0,8	-0,9	-0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,3	0,8	-0,6	0,7	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	-0,1	0,4	0,3	0,5	-0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Öffentliche Dienstleister	1,2	-0,5	0,1	0,2	1,1	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	2,7	0,2	1,2	-0,4	0,9	0,3	0,5	0,5	0,5	0,4	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2022	2023	2024	2025
Stundenkonzept				
Tariflöhne	2,6	4,0	6,8	3,6
Effektivlöhne	4,4	6,3	4,9	2,7
Lohndrift	1,8	2,3	-1,9	-0,9
Lohnkosten	4,1	6,0	4,6	3,3
Arbeitsproduktivität	0,5	-0,6	-0,6	0,4
Lohnstückkosten	3,5	6,6	5,3	2,9
Lohnstückkosten (real)	-1,7	0,1	2,3	1,4
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,6	4,0	6,9	3,6
Effektivlöhne	4,1	6,2	5,6	3,3
Lohndrift	1,6	2,2	-1,3	-0,3
Lohnkosten	3,9	5,8	5,4	3,9
Arbeitsproduktivität	0,4	-0,9	-0,1	1,0
Lohnstückkosten	3,4	6,8	5,5	2,9
Lohnstückkosten (real)	-1,8	0,2	2,5	1,4

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

Tabelle 7.1:

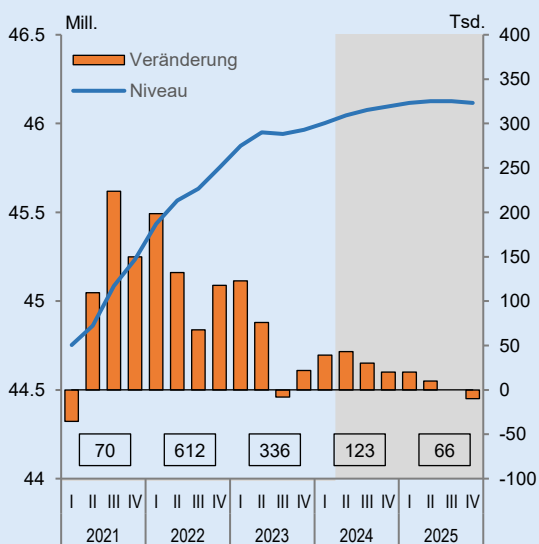
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2021	2022	2023	2024	2025
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	60.623	61.410	61.671	62.125	62.573
Erwerbstätige (Inland)	44.984	45.596	45.932	46.055	46.121
Selbständige	3.958	3.910	3.879	3.838	3.811
Arbeitnehmer (Inland)	41.027	41.687	42.053	42.217	42.310
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.897	34.507	34.790	34.945	35.069
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.101	4.125	4.198	4.218	4.188
Pendlersaldo	116	140	147	145	145
Erwerbstätige (Inländer)	44.869	45.457	45.786	45.910	45.975
Arbeitnehmer (Inländer)	40.911	41.547	41.907	42.071	42.165
Registrierte Arbeitslose	2.613	2.418	2.609	2.758	2.724
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,3	5,7	5,9	5,8
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,3	2,9	2,8	3,0	3,0

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

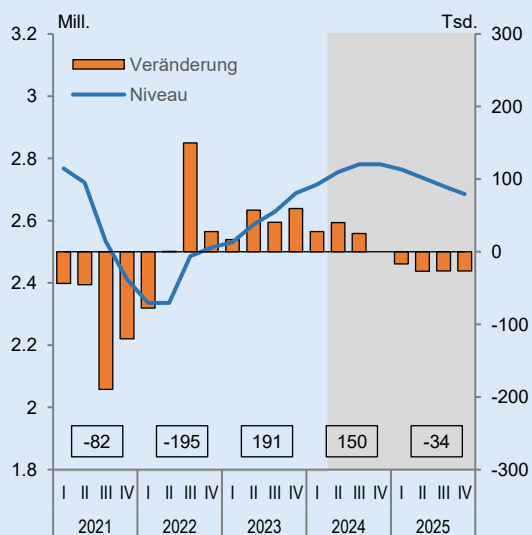
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:

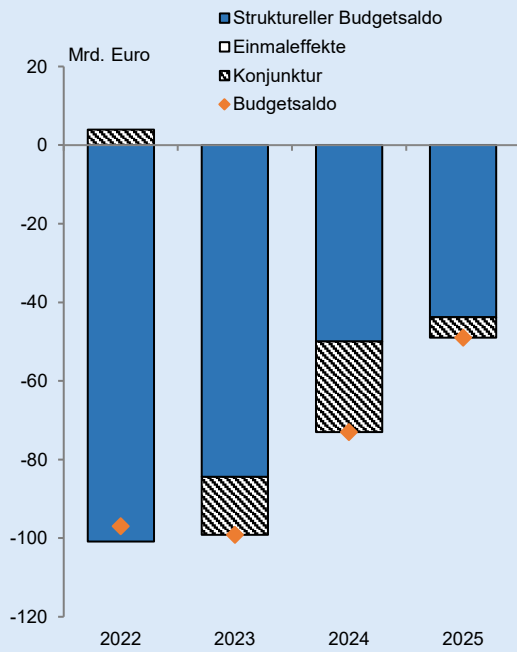
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2021	2022	2023	2024	2025
Einnahmen	1.712,9	1.821,2	1.908,0	2.009,1	2.103,9
→relativ zum BIP	47,3	47,0	46,3	47,3	48,2
Steuern	879,2	946,6	958,5	992,4	1.030,0
→relativ zum BIP	24,3	24,4	23,3	23,3	23,6
Sozialbeiträge	632,1	666,8	709,4	753,9	801,7
→relativ zum BIP	17,5	17,2	17,2	17,7	18,4
Sonstige Einnahmen	201,6	207,8	240,1	262,9	272,2
→relativ zum BIP	5,6	5,4	5,8	6,2	6,2
Ausgaben	1.842,6	1.918,1	2.007,1	2.082,1	2.154,2
→relativ zum BIP	50,9	49,5	48,7	49,0	49,4
Arbeitnehmerentgelt	295,4	307,9	328,0	345,2	358,4
Vorleistungen	226,6	238,4	259,0	275,3	280,6
Soziale Sachleistungen	331,3	354,9	360,1	377,4	393,5
Bruttoinvestitionen	92,5	100,9	106,7	120,3	125,6
Geleistete Vermögenseinkommen	21,1	26,5	36,2	44,1	45,8
Monetäre Sozialleistungen	609,8	619,1	662,7	701,9	733,6
Subventionen	109,2	70,0	66,4	42,2	39,9
Sonstige laufende Übertragungen	91,9	111,4	92,3	88,2	89,9
Vermögensübertragungen	65,7	89,7	96,1	88,0	87,5
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,0	-0,7	-0,9	-0,9
Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-99,1	-73,0	-50,3
→relativ zum BIP	-3,6	-2,5	-2,4	-1,7	-1,2
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1119,3	1198,3	1236,2	1291,5	1339,3
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.112,6	1.187,5	1.230,9	1.287,7	1.336,1
Transfers der Sozialversicherung	6,6	10,8	5,3	3,7	3,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.251,6	1.303,5	1.344,1	1.364,7	1.393,9
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	1.093,9	1.125,2	1.194,7	1.224,5	1.255,8
Transfers an die Sozialversicherung	157,7	178,3	149,4	140,1	138,2
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-132,4	-105,2	-107,9	-73,2	-54,7
Einnahmen der Sozialversicherung	781,8	812,0	826,4	861,5	906,0
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	624,1	633,7	677,1	721,3	767,8
Ausgaben der Sozialversicherung	779,2	803,7	817,6	861,3	901,7
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	772,6	793,0	812,4	857,5	898,5
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	2,6	8,3	8,8	0,2	4,4

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 8.1:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

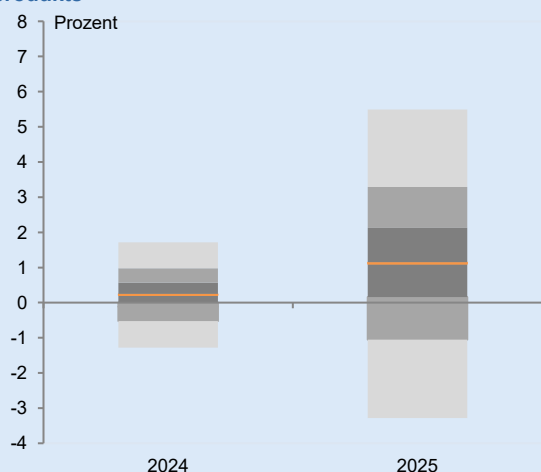
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,1	0,1	-0,5	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Private Konsumausgaben	-0,7	0,3	0,0	0,4	-0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Konsumausgaben des Staates	-1,3	0,1	1,4	0,6	-0,4	0,5	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	1,9	0,7	1,4	-4,0	-0,2	-0,2	0,7	1,3	1,4	1,3	1,1	1,1
Bauinvestitionen	1,5	-0,5	-0,7	-1,9	2,7	-1,3	-0,4	0,3	0,3	0,4	0,5	0,6
Sonstige Anlagen	-1,6	0,0	0,3	0,7	-1,1	-0,1	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Vorratsveränderungen	-0,1	0,2	-0,6	-0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,5	0,4	-0,3	-0,8	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3
Ausfuhr	0,5	-0,7	-0,9	-0,9	1,1	0,8	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Einfuhr	-1,1	0,2	-1,8	-1,6	0,6	1,1	0,7	0,8	0,9	0,9	0,8	0,8
Außenbeitrag	0,8	-0,4	0,4	0,3	0,2	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.874	45.950	45.942	45.964	46.003	46.046	46.076	46.096	46.116	46.126	46.126	46.116
Arbeitslose	2.531	2.588	2.629	2.688	2.716	2.756	2.781	2.781	2.764	2.737	2.711	2.685

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

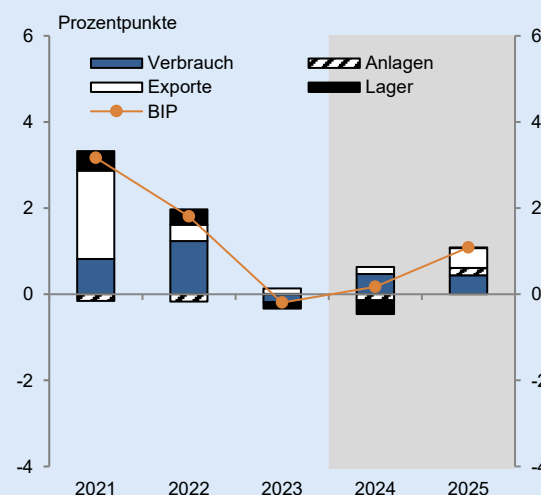
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2023).

Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2022	2022	2023	2024	2025
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,8	-0,2	0,2	1,1
Private Konsumausgaben		3,9	-0,7	0,6	1,2
Konsumausgaben des Staates		1,6	-1,0	1,3	1,0
Anlageinvestitionen		0,1	-0,7	-0,9	1,8
Ausrüstungsinvestitionen		4,0	2,8	-2,1	4,4
Bauinvestitionen		-1,8	-2,7	-0,4	0,4
Sonstige Anlagen		-0,7	-0,6	-0,3	1,7
Vorratsveränderung		0,7	-0,3	-0,6	0,0
Inländische Verwendung		3,2	-1,1	-0,3	1,3
Ausfuhr		3,3	-0,7	0,6	2,6
Einfuhr		6,6	-2,4	-0,3	3,3
Außenbeitrag		-1,2	0,8	0,4	-0,2
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.876,8	7,2	6,3	3,1	2,6
Private Konsumausgaben	1.979,3	10,9	5,6	2,8	2,9
Konsumausgaben des Staates	850,9	6,8	4,8	4,6	3,2
Anlageinvestitionen	856,2	11,1	5,5	0,7	2,6
Ausrüstungsinvestitionen	253,4	11,4	8,6	-0,4	6,3
Bauinvestitionen	463,5	14,0	4,9	1,1	0,4
Sonstige Anlagen	139,3	2,1	1,9	1,6	3,1
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		114,1	50,2	27,0	28,7
Inländische Verwendung	3.800,5	11,1	3,5	2,1	2,9
Ausfuhr	1.974,2	15,4	0,0	1,4	3,4
Einfuhr	1.897,9	25,3	-5,9	-0,9	4,4
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		76,3	186,9	230,5	220,7
Bruttonationaleinkommen	4.027,6	7,2	6,5	3,1	2,8
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		5,3	6,5	2,9	1,4
Private Konsumausgaben		6,7	6,4	2,1	1,7
Konsumausgaben des Staates		5,1	5,8	3,3	2,1
Ausrüstungsinvestitionen		7,1	5,7	1,8	1,9
Bauinvestitionen		16,1	7,8	1,5	-0,1
Sonstige Anlagen		2,9	2,5	1,9	1,3
Ausfuhr		11,7	0,6	0,8	0,8
Einfuhr		17,5	-3,6	-0,6	1,0
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		6,9	5,9	2,2	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.890,9	4,4	6,6	2,5	3,0
Arbeitnehmerentgelt	2.023,6	5,5	6,7	5,7	4,1
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		70,0	70,1	72,3	73,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	867,4	1,9	6,3	-5,2	0,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.164,5	6,3	6,0	3,9	2,4
Sparquote (Prozent)		11,1	11,3	12,2	11,6
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.661,8	5,8	7,1	5,9	3,7
Effektivlohn, Stundenbasis		4,4	6,3	4,9	2,7
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,5	6,6	5,3	2,9
Produktivität, Stundenbasis		0,5	-0,6	-0,6	0,4
Arbeitslose (1 000)		2.418	2.609	2.758	2.724
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,3	5,7	5,9	5,8
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		45.596	45.932	46.055	46.121
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-96,9	-99,1	-73,0	-50,3
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-2,5	-2,4	-1,7	-1,2
Öffentliche Schulden (Prozent)		66,1	63,6	63,3	63,2

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen									
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025									
	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,7	0,3	0,1	0,9	0,6	0,2	0,3	0,2	0,1
Arbeitsvolumen	0,4	0,7	0,7	0,8	0,0	0,1	1,4	0,6	0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,3	0,5	0,6	-0,1	-0,5	-0,2	1,1	0,4	0,7
Produktivität ¹	-0,6	-0,6	0,4	-0,8	-0,5	-0,4	-0,7	0,2	0,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,2	0,2	1,1	0,1	-0,5	-0,3	0,6	0,8	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 982,0	3 081,2	3 174,0	1 449,1	1 532,9	1 503,5	1 577,7	1 552,0	1 622,0
Private Haushalte ²	2 090,6	2 148,9	2 212,3	1 021,4	1 069,1	1 050,1	1 098,9	1 082,1	1 130,2
Staat	891,5	932,3	961,7	427,7	463,8	453,5	478,8	469,9	491,8
Anlageinvestitionen	903,1	909,6	933,2	442,8	460,3	444,3	465,3	447,3	485,9
Ausrüstungen	275,1	274,0	291,4	132,5	142,6	130,7	143,3	137,2	154,1
Bauten	486,0	491,4	493,2	243,1	242,9	245,8	245,6	240,3	252,8
Sonstige Anlageinvestitionen	141,9	144,2	148,7	67,1	74,8	67,8	76,4	69,7	79,0
Vorratsveränderung ³	50,2	27,0	28,7	31,7	18,5	18,0	9,0	18,2	10,5
Inländische Verwendung	3 935,3	4 017,8	4 136,0	1 923,6	2 011,7	1 965,8	2 052,0	2 017,5	2 118,5
Außenbeitrag	186,9	230,5	220,7	98,5	88,4	131,3	99,2	125,1	95,6
Exporte	1 973,3	2 001,0	2 068,3	998,2	975,1	994,3	1 006,8	1 022,2	1 046,1
Importe	1 786,4	1 770,5	1 847,6	899,7	886,7	863,0	907,6	897,1	950,5
Bruttoinlandsprodukt	4 122,2	4 248,3	4 356,6	2 022,1	2 100,1	2 097,1	2 151,2	2 142,5	2 214,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	5,4	3,3	3,0	5,9	4,8	3,8	2,9	3,2	2,8
Private Haushalte ²	5,6	2,8	2,9	7,2	4,2	2,8	2,8	3,1	2,9
Staat	4,8	4,6	3,2	3,1	6,3	6,0	3,2	3,6	2,7
Anlageinvestitionen	5,5	0,7	2,6	8,2	3,0	0,4	1,1	0,7	4,4
Ausrüstungen	8,6	-0,4	6,3	13,1	4,7	-1,4	0,5	5,0	7,6
Bauten	4,9	1,1	0,4	7,5	2,4	1,1	1,1	-2,2	2,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	1,6	3,1	1,7	2,0	1,1	2,1	2,8	3,4
Inländische Verwendung	3,5	2,1	2,9	4,8	2,4	2,2	2,0	2,6	3,2
Exporte	0,0	1,4	3,4	4,1	-3,9	-0,4	3,3	2,8	3,9
Importe	-5,9	-0,9	4,4	-0,2	-11,0	-4,1	2,4	4,0	4,7
Bruttoinlandsprodukt	6,3	3,1	2,6	6,8	5,9	3,7	2,4	2,2	2,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 398,2	2 418,1	2 446,2	1 181,5	1 216,7	1 190,1	1 227,9	1 204,9	1 241,3
Private Haushalte ²	1 693,2	1 704,0	1 725,1	834,3	858,9	836,7	867,3	847,4	877,6
Staat	703,9	712,9	720,1	346,7	357,3	352,8	360,1	356,9	363,2
Anlageinvestitionen	656,9	650,7	662,6	322,5	334,3	317,3	333,4	319,2	343,4
Ausrüstungen	228,7	223,8	233,6	110,4	118,3	106,8	117,1	110,2	123,5
Bauten	306,1	304,8	306,1	153,5	152,6	151,8	153,0	150,3	155,8
Sonstige Anlageinvestitionen	123,9	123,6	125,7	58,6	65,4	58,4	65,2	59,2	66,6
Inländische Verwendung	3 094,2	3 086,1	3 127,3	1 529,6	1 564,6	1 514,5	1 571,6	1 531,8	1 595,5
Exporte	1 629,5	1 639,9	1 682,0	824,9	804,6	817,1	822,8	833,6	848,3
Importe	1 461,6	1 457,6	1 506,0	731,4	730,2	712,8	744,7	733,4	772,6
Bruttoinlandsprodukt	3 268,5	3 274,2	3 309,7	1 625,9	1 642,6	1 621,0	1 653,2	1 634,3	1 675,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-0,8	0,8	1,2	-1,0	-0,6	0,7	0,9	1,2	1,1
Private Haushalte ²	-0,7	0,6	1,2	-0,4	-1,0	0,3	1,0	1,3	1,2
Staat	-1,0	1,3	1,0	-2,5	0,4	1,8	0,8	1,1	0,9
Anlageinvestitionen	-0,7	-0,9	1,8	-0,1	-1,3	-1,6	-0,3	0,6	3,0
Ausrüstungen	2,8	-2,1	4,4	5,8	0,1	-3,3	-1,0	3,2	5,5
Bauten	-2,7	-0,4	0,4	-3,2	-2,2	-1,1	0,2	-1,0	1,8
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	-0,3	1,7	-0,8	-0,4	-0,3	-0,3	1,3	2,1
Inländische Verwendung	-1,1	-0,3	1,3	-0,6	-1,5	-1,0	0,4	1,1	1,5
Exporte	-0,7	0,6	2,6	1,4	-2,7	-0,9	2,3	2,0	3,1
Importe	-2,4	-0,3	3,3	0,3	-4,9	-2,5	2,0	2,9	3,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,2	1,1	0,1	-0,5	-0,3	0,6	0,8	1,3

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	6,4	2,1	1,7	7,6	5,3	2,5	1,8	1,7	1,6
Konsumausgaben des Staates	5,8	3,3	2,1	5,7	5,9	4,2	2,4	2,5	1,8
Anlageinvestitionen	6,3	1,7	0,8	8,3	4,4	2,0	1,4	0,1	1,4
Ausrüstungen	5,7	1,8	1,9	6,9	4,6	2,0	1,5	1,7	2,0
Bauten	7,8	1,5	-0,1	11,0	4,6	2,2	0,9	-1,2	1,1
Exporte	0,6	0,8	0,8	2,7	-1,3	0,6	1,0	0,8	0,8
Importe	-3,6	-0,6	1,0	-0,4	-6,4	-1,6	0,3	1,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	6,5	2,9	1,4	6,7	6,4	4,0	1,8	1,3	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd.EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 779,9	2 894,5	2 987,9	1 359,1	1 420,8	1 416,0	1 478,5	1 464,5	1 523,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	379,8	399,8	423,6	183,2	196,6	192,8	207,0	205,4	218,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 779,5	1 883,7	1 953,4	846,3	933,2	899,0	984,7	940,0	1 013,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	620,5	611,0	610,9	329,5	291,0	324,1	286,9	319,0	291,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	660,2	663,0	680,8	308,4	351,9	316,3	346,6	317,6	363,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 440,2	3 557,5	3 668,7	1 667,5	1 772,6	1 732,3	1 825,2	1 782,0	1 886,7
Abschreibungen	847,6	863,3	874,1	422,1	425,5	432,3	431,0	434,5	439,6
Bruttonationaleinkommen	4 287,8	4 420,8	4 542,8	2 089,7	2 198,1	2 164,6	2 256,2	2 216,5	2 326,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 081,4	3 157,8	3 251,7	1 496,1	1 585,2	1 540,0	1 617,8	1 581,4	1 670,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	921,9	874,3	874,8	466,5	455,4	448,2	426,2	436,0	438,8
Arbeitnehmerentgelt	2 159,4	2 283,5	2 377,0	1 029,7	1 129,8	1 091,8	1 191,7	1 145,4	1 231,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	5,4	4,1	3,2	5,4	5,5	4,2	4,1	3,4	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	5,3	5,9	4,9	5,0	5,3	5,3	6,5	5,4
Bruttolöhne und -gehälter	7,1	5,9	3,7	7,3	6,9	6,2	5,5	4,6	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,2	5,6	3,3	6,2	6,1	5,8	5,4	3,8	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,2	-1,5	0,0	1,1	1,4	-1,6	-1,4	-1,6	1,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,6	0,4	2,7	10,0	9,3	2,6	-1,5	0,4	4,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,2	3,4	3,1	6,2	6,2	3,9	3,0	2,9	3,4
Abschreibungen	7,5	1,9	1,2	9,3	5,7	2,4	1,3	0,5	2,0
Bruttonationaleinkommen	6,5	3,1	2,8	6,8	6,1	3,6	2,6	2,4	3,1
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	6,6	2,5	3,0	7,6	5,6	2,9	2,1	2,7	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	-5,2	0,1	9,2	3,5	-3,9	-6,4	-2,7	3,0
Arbeitnehmerentgelt	6,7	5,7	4,1	6,9	6,5	6,0	5,5	4,9	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²									
a) Mrd.EUR									
Masseneinkommen	1 797,6	1 900,6	1 962,8	859,2	938,4	912,5	988,1	948,7	1 014,0
Nettolöhne und -gehälter	1 219,9	1 290,9	1 324,4	573,7	646,2	611,2	679,6	633,7	690,7
Monetäre Sozialleistungen	734,0	775,4	811,8	361,6	372,5	382,1	393,2	399,6	412,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	156,4	165,6	173,4	76,1	80,3	80,9	84,7	84,6	88,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	620,5	611,0	610,9	329,5	291,0	324,1	286,9	319,0	291,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-123,0	-128,1	-132,5	-55,9	-67,1	-58,7	-69,4	-61,0	-71,5
Verfügbares Einkommen	2 295,0	2 383,5	2 441,2	1 132,8	1 162,3	1 177,9	1 205,6	1 206,7	1 234,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62,4	62,7	62,8	30,2	32,2	30,4	32,2	30,5	32,3
Konsumausgaben	2 090,6	2 148,9	2 212,3	1 021,4	1 069,1	1 050,1	1 098,9	1 082,1	1 130,2
Sparen	266,9	297,3	291,7	141,6	125,3	158,3	139,0	155,2	136,5
Sparquote (%) ⁶	11,3	12,2	11,6	12,2	10,5	13,1	11,2	12,5	10,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	8,2	5,7	3,3	8,6	7,9	6,2	5,3	4,0	2,6
Nettolöhne und -gehälter	9,0	5,8	2,6	9,5	8,7	6,5	5,2	3,7	1,6
Monetäre Sozialleistungen	6,6	5,6	4,7	6,7	6,5	5,7	5,6	4,6	4,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,5	5,9	4,7	5,8	7,2	6,3	5,6	4,6	4,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,2	-1,5	0,0	1,1	1,4	-1,6	-1,4	-1,6	1,7
Verfügbares Einkommen	6,0	3,9	2,4	7,3	4,9	4,0	3,7	2,5	2,4
Konsumausgaben	5,6	2,8	2,9	7,2	4,2	2,8	2,8	3,1	2,9
Sparen	7,5	11,4	-1,9	6,1	9,2	11,8	11,0	-1,9	-1,8

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2025

	2023	2024	2025	2023		2024		2025	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷									
a) Mrd.EUR									
Einnahmen									
Steuern	958,5	992,4	1 030,0	465,4	493,1	478,6	513,7	497,2	532,8
Sozialbeiträge	709,4	753,9	801,7	342,0	367,4	364,2	389,6	389,4	412,3
Vermögenseinkommen	30,9	35,2	36,3	15,8	15,1	18,1	17,0	18,8	17,5
Sonstige Transfers	31,3	33,8	34,3	13,7	17,6	15,0	18,8	15,2	19,0
Vermögenstransfers	20,0	21,9	22,0	8,8	11,2	9,5	12,4	9,6	12,4
Verkäufe	157,6	171,9	179,5	72,4	85,2	80,5	91,4	84,0	95,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 908,0	2 009,1	2 103,9	918,3	989,7	966,1	1 043,0	1 014,3	1 089,7
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	619,5	653,0	674,5	293,6	325,9	315,1	337,9	326,5	348,0
Arbeitnehmerentgelt	328,0	345,2	358,4	155,8	172,2	165,5	179,7	172,8	185,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,2	44,1	45,8	16,9	19,3	21,9	22,2	23,2	22,6
Subventionen	66,4	42,2	39,9	34,9	31,5	19,5	22,7	18,7	21,2
Monetäre Sozialleistungen	662,7	701,9	733,6	326,1	336,6	345,6	356,3	360,7	372,8
Sonstige laufende Transfers	92,3	88,2	89,9	44,3	48,0	42,2	46,1	42,9	46,9
Vermögenstransfers	96,1	88,0	87,5	38,9	57,1	34,5	53,5	34,1	53,4
Bruttoinvestitionen	106,7	120,3	125,6	45,9	60,7	51,5	68,8	53,2	72,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,7	-0,9	-0,9	-0,2	-0,5	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5
Insgesamt	2 007,1	2 082,1	2 154,2	956,2	1 050,9	995,4	1 086,7	1 031,9	1 122,4
Finanzierungssaldo	- 99,1	- 73,0	- 50,3	- 37,9	- 61,2	- 29,3	- 43,7	- 17,6	- 32,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	1,3	3,5	3,8	-0,5	2,9	2,8	4,2	3,9	3,7
Sozialbeiträge	6,4	6,3	6,3	6,3	6,5	6,5	6,0	6,9	5,8
Vermögenseinkommen	75,5	13,6	3,3	73,3	77,8	14,5	12,6	3,9	2,7
Sonstige Transfers	11,8	7,8	1,5	13,6	10,4	9,2	6,7	1,5	1,5
Vermögenstransfers	6,3	9,4	0,4	-1,4	13,2	7,9	10,5	0,5	0,4
Verkäufe	10,1	9,0	4,4	8,5	11,5	11,1	7,3	4,4	4,5
Sonstige Subventionen	2,1	-0,5	0,0	-2,4	5,6	-1,3	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,8	5,3	4,7	3,6	5,8	5,2	5,4	5,0	4,5
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	4,4	5,4	3,3	2,1	6,5	7,3	3,7	3,6	3,0
Arbeitnehmerentgelt	6,5	5,3	3,8	4,7	8,2	6,3	4,4	4,4	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,6	21,8	3,9	34,0	39,1	29,6	15,0	5,9	1,8
Subventionen	-5,0	-36,5	-5,4	22,1	-23,8	-44,1	-28,0	-4,1	-6,6
Monetäre Sozialleistungen	7,0	5,9	4,5	7,2	6,9	6,0	5,8	4,4	4,7
Sonstige laufende Transfers	-17,2	-4,4	1,8	1,4	-29,2	-4,8	-4,0	1,8	1,9
Vermögenstransfers	7,1	-8,4	-0,5	66,3	-13,9	-11,5	-6,3	-1,0	-0,3
Bruttoinvestitionen	5,7	12,8	4,4	7,5	4,4	12,0	13,3	3,4	5,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-30,1	27,3	0,0	-63,3	14,5	90,7	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,6	3,7	3,5	7,3	2,3	4,1	3,4	3,7	3,3

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleisteter sonstiger Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2023					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 767,9	2 583,9	429,9	754,1	–	
2 – Abschreibungen	847,6	471,4	111,0	265,3	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 920,3	2 112,5	319,0	488,8	– 186,9	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 155,5	1 560,1	328,0	267,5	18,6	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,0	32,4	0,3	10,3	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	34,1	31,8	0,2	2,1	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	755,8	551,8	– 9,1	213,1	– 205,4	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 159,4	–	–	2 159,4	14,7	
9 – Geleistete Subventionen	66,4	–	66,4	–	4,0	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	425,2	–	425,2	–	8,4	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	891,1	814,7	36,2	40,2	339,2	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 057,3	578,7	30,9	447,6	173,1	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 440,2	315,8	344,4	2 779,9	– 352,4	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	519,4	128,5	–	390,9	14,5	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	533,3	–	533,3	–	0,6	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	859,5	–	–	859,5	4,9	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	859,8	149,5	709,4	0,9	4,7	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	742,4	78,8	662,7	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	734,0	–	–	734,0	9,0	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	442,7	249,9	92,3	100,5	85,6	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	384,7	221,4	31,3	132,0	143,5	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 388,0	229,5	863,4	2 295,0	– 300,2	
23 – Konsumausgaben	2 982,0	–	891,5	2 090,6	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,4	–	62,4	–	
25 = Sparen	405,9	167,1	– 28,1	266,9	– 300,2	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	135,1	23,2	96,1	15,8	7,6	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	118,3	71,2	20,0	27,1	24,4	
28 – Bruttoinvestitionen	953,3	549,2	106,7	297,4	–	
29 + Abschreibungen	847,6	471,4	111,0	265,3	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,1	19,4	– 0,7	0,4	– 19,1	
31 = Finanzierungssaldo	264,4	117,9	– 99,1	245,6	– 264,4	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 388,0	229,5	863,4	2 295,0	– 300,2	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	551,3	–	551,3	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	551,3	–	–	551,3	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 388,0	229,5	312,1	2 846,4	– 300,2	
38 – Konsum 2)	2 982,0	–	340,1	2 641,9	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,4	–	62,4	–	
40 = Sparen	405,9	167,1	– 28,1	266,9	– 300,2	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
 Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2024				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 845,0	2 625,8	451,4	767,8	–
2 – Abschreibungen	863,3	479,4	115,4	268,6	–
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 981,6	2 146,4	336,1	499,2	– 230,5
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 279,5	1 651,5	345,2	282,7	19,4
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	45,4	34,2	0,3	10,9	–
6 + Empfangene sonstige Subventionen	45,0	42,1	0,2	2,7	–
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	701,7	502,8	– 9,3	208,2	– 249,9
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 283,5	–	–	2 283,5	15,4
9 – Geleistete Subventionen	42,2	–	42,2	–	4,3
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	441,9	–	441,9	–	8,4
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	992,8	902,3	44,1	46,4	388,8
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 165,5	681,1	35,2	449,2	216,2
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 557,5	281,6	381,4	2 894,5	– 403,1
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	536,1	127,4	–	408,7	15,0
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	550,5	–	550,5	–	0,6
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	907,7	–	–	907,7	5,0
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	907,9	153,1	753,9	0,9	4,8
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	783,6	80,8	701,9	0,9	0,7
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	775,4	–	–	775,4	9,0
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	467,3	274,8	88,2	104,3	98,0
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	406,5	238,4	33,8	134,3	158,8
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 503,0	190,2	929,3	2 383,5	– 348,6
23 – Konsumausgaben	3 081,2	–	932,3	2 148,9	–
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,7	–	62,7	–
25 = Sparen	421,8	127,5	– 2,9	297,3	– 348,6
26 – Geleistete Vermögenstransfers	128,1	23,9	88,0	16,2	7,3
27 + Empfangene Vermögenstransfers	110,4	61,5	21,9	27,0	25,0
28 – Bruttoinvestitionen	936,6	519,9	120,3	296,4	–
29 + Abschreibungen	863,3	479,4	115,4	268,6	–
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	15,8	16,1	– 0,9	0,5	– 15,8
31 = Finanzierungssaldo	315,2	108,5	– 73,0	279,7	– 315,2
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 503,0	190,2	929,3	2 383,5	– 348,6
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	579,0	–	579,0	–	–
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	579,0	–	–	579,0	–
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 503,0	190,2	350,3	2 962,5	– 348,6
38 – Konsum 3)	3 081,2	–	353,3	2 727,9	–
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,7	–	62,7	–
40 = Sparen	421,8	127,5	– 2,9	297,3	– 348,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2025					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 941,5	2 694,5	467,0	779,9	-	
2 - Abschreibungen	874,1	488,0	117,2	268,9	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	3 067,4	2 206,6	349,8	511,0	- 220,7	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 373,1	1 720,9	358,4	293,8	20,0	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,7	36,6	0,3	11,7	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	42,4	39,7	0,2	2,5	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	688,0	488,8	- 8,8	208,0	- 240,6	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 377,0	-	-	2 377,0	16,1	
9 - Geleistete Subventionen	39,9	-	39,9	-	4,3	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	456,9	-	456,9	-	8,7	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	1 019,2	929,4	45,8	44,0	408,3	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 206,0	722,7	36,3	446,9	221,6	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 668,6	282,1	398,7	2 987,9	- 406,8	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	558,4	129,7	-	428,7	15,4	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	573,1	-	573,1	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	959,4	-	-	959,4	5,1	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	959,6	157,0	801,7	0,9	4,9	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	817,4	82,8	733,6	0,9	0,7	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	811,8	-	-	811,8	6,3	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	482,5	285,7	89,9	106,9	100,5	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	420,2	249,5	34,3	136,4	162,8	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 615,8	190,3	984,3	2 441,2	- 353,9	
23 - Konsumausgaben	3 174,0	-	961,7	2 212,3	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,8	-	62,8	-	
25 = Sparen	441,8	127,5	22,6	291,7	- 353,9	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	129,6	25,1	87,5	17,0	7,3	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	111,6	62,5	22,0	27,1	25,3	
28 - Bruttoinvestitionen	962,0	542,0	125,6	294,4	-	
29 + Abschreibungen	874,1	488,0	117,2	268,9	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	16,6	16,9	- 0,9	0,5	- 16,6	
31 = Finanzierungssaldo	319,4	93,9	- 50,3	275,8	- 319,4	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 615,8	190,3	984,3	2 441,2	- 353,9	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	604,7	-	604,7	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	604,7	-	-	604,7	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 615,8	190,3	379,6	3 045,9	- 353,9	
38 - Konsum 2)	3 174,0	-	356,9	2 817,0	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,8	-	62,8	-	
40 = Sparen	441,8	127,5	22,6	291,7	- 353,9	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

- Ademmer, M., N. Janssen und S. Moesle (2023). Extreme Weather Events and Economic Activity: The Case of Low Water Levels on the Rhine River. *German Economic Review* 24(2): 121-144.
- Bai, J. und P. Perron (1998). Estimating and Testing Linear Models with Multiple Structural Changes. *Econometrica* 66(1): 47-78.
- Baker, S. R., N. Bloom und S. J. Davis (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* 131(4): 1593-1636.
- Beckmann, J., und N. Janssen (2021). [Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland](#). Kiel Insight 2021.9.
- Bista, R. (2017). Revisiting the Olympic Effect. *Review of International Economics*: 25(2): 279-291.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Janssen, S. Kooths, W.-H. Liu, J. Reents, C. Schröder und N. Sonnenberg (2024a). [Auf dem Weg zum Nullwachstum](#). Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2024. Kieler Konjunkturberichte 113.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, T. Hoffmann, N. Janssen, S. Kooths, C. Schröder, N. Sonnenberg (2024b). [Erholung mit Hindernissen](#). Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2024. Kieler Konjunkturberichte 112.
- Brückner, M., und E. Pappa (2015). News Shocks in the Data: Olympic Games and Their Macroeconomic Effects. *Journal of Money, Credit and Banking* 47(7): 1339-1367.
- Deutsche Bundesbank (2024). [Monatsbericht Mai 2024 - Finanzmärkte](#).
- DIHK (2024). [Deutsche Wirtschaft kommt nicht in Gang: DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2024](#).
- Gern, K.-J., S. Kooths, W.-H. Liu, J. Reents und N. Sonnenberg (2024). Konjunkturgefälle nimmt ab. Weltwirtschaft im Sommer 2024. Kieler Konjunkturberichte Nr. 114.
- Hinz, J., M. Rauck, C. Brockhaus und H. Mahlkow (2024). [Kiel Trade Indicator](#). Kiel Institut für Weltwirtschaft, 2. Juni.
- Hoffmann, T. (2024). [Hypothekenverträge als Frühindikator für den Wohnungsbau](#). Kiel Insight 2024.02.
- Kooths, S. und U. Stolzenburg (2018). [Zur Exportabhängigkeit der deutschen Konjunktur](#). Wirtschaftsdienst 98: 219-220.
- Langer, V. C. E., W. Maennig und F. Richter (2018). The Olympic Games as a News Shock. *Journal of Sports Economics* 19(6): 884-906.
- Lehmann, R., und T. Wollmershäuser (2024). [Struktureller Wandel im Verarbeitenden Gewerbe: Produktion unterzeichnet Bruttowertschöpfung](#). Ifo Schnelldienst 77(2): 55-60.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2024). [Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel](#). Frühjahrsgutachten, Kiel.
- Rose, A. K., und M. M. Spiegel (2011). The Olympic Effect. *Economic Journal* 121(553): 652-677.
- RWI (2024). [RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Containerumschlag weiter aufwärtsgerichtet](#). Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Presseinformation 29. Mai.
- Weber, E. (2024). [The Dovish Turnaround: Germany's Social Benefit Reform and Job Findings](#). IAB-Discussion Paper 7/2024. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.